

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Zu der riesigen Pariser Demonstration – S. 3*
- *Wird die FDP als liberale Partei zurückkommen? – S. 6*
- *Köln, Essen, Mannheim: Manifestationen aus Anlass der terroristischen Anschläge in Paris – S. 12*
- *Europäischer Arbeitsschutz: Fahrtziel Abstellgleis? – S. 17*
- *Nochmal Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen“ – S. 20*

Ausgabe Nr. 1 am 22. Januar 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Kulturkampf

FAZ. maf. Kurz nachdem die Kanzlerin im Bundestag unter ausbleibendem Beifall der CDU/CSU-Fraktion Wulfs Ausspruch aufgegriffen hatte, der Islam gehöre zu Deutschland, sagte sie in einem Interview in der FAZ (16.1.), „Die Menschen fragen sich auch, wie man dem so oft gesagtem Satz noch folgen kann, dass Mörder, die sich für ihre Taten auf den Islam berufen, nichts mit dem Islam zu tun haben sollen. Ich halte eine Klärung dieser berechtigten Frage durch die islamische Geistlichkeit für wichtig und dringlich.“ Daraufhin die FAZ: „Es gibt Stimmen, die sagen, die Gewalttätigkeit sei im Islam angelegt“. Antwort Merkel: „Ich bin als Bundeskanzlerin die falsche Ansprechpartnerin für die Auslegung theologischer Fragen. Das ist Aufgabe der Geistlichkeit des Islams.“ Schlagzeile der FAZ auf der Titelseite: „Merkel: Muslimische Geistlichkeit muss Verhältnis des Islams zur Gewalt klären“.

Mit einiger Mühe hat die Kanzlerin die Zumutung der FAZ abgewendet, die Muslime über deren Glaubensinhalte womöglich abschließend zu belehren. Eine inquisitorische Frage ist trotzdem übrig geblieben. Das steht der Regierung in der politischen Ordnung der BRD nicht zu. Angesichts von Verbrechen mit religiösem Hintergrund kann nur darauf verwiesen, dass die Gesetze für Jedermann gelten. Duldete oder bemäntelt eine Glaubensgemeinschaft Verbrechen, die in ihrem Wirkungskreis vorfallen, wie das in den Missbrauchsfällen die katholische Kirche jahrzehntelang tat, so ist die Regierung keineswegs berechtigt, die Ausleuchtung eines möglichen theologischen oder kirchenorganisatorischen Hintergrunds zu fordern. Die Staatsanwaltschaft hat zu ermitteln, die Gerichte nach den Gesetzen zu urteilen. Sollten theologische Konsequenzen fällig sein, müssen sie von der Bekenntnisgemeinschaft in eigener Zuständigkeit gezogen werden.

Die Teilung der Gewalten und der sozialen Funktionen ist für den Bestand der modernen Gesellschaft unabkömmlich. Sie muss kultiviert und im gesellschaftlichen Alltagsleben gepflegt werden.

So viel über den religiösen Hintergrund der mörderischen Attentate zu Paris geredet wird, so wenig über die politischen Verstrickungen. Wie kam es zu den terroristischen Bandenkriegen, die im Nahen und Mittleren Osten seit Jahrzehnten wüten? Das kann als Folge theologischer Irrungen nicht verstanden werden. Diese Banden brauchen Geld und Waffen. Sie leben davon, dass die politischen Mächte sie instrumentalisieren, die Wirtschaftswelt mit ihnen Geschäfte macht. So

lange Staaten wie Saudi-Arabien gepflegt und gehegt werden, können auch die IS-Banden auf eine Zukunft als etablierte Macht hoffen.

Wie kann der IS in Syrien sich gegen die kämpfende – nicht nur, aber vor allem die Kurden – Bevölkerung halten? Das geht so lange, wie das benachbarte Nato-Land Türkei als Rückzugs- und Rekrutierungsraum funktioniert und die Nato-Verbündeten das hinnehmen.

Die Wanderungsbewegungen der Moderne haben es mit sich gebracht, dass in der Bundesrepublik viele Menschen leben, die z.B. über die Beziehungen der Türkischen Republik zur Kriegführung des IS gut Bescheid wissen. Was sollen diese informierten Mitbürger denken, wenn Frau Merkel von ihnen eine Klärung ihres Verhältnisses zum IS verlangt, während die Politik der Bundesregierung das Spiel der verbündeten Staaten mit solchen Kräften pflegt, die Verfolgung der kurdischen Demokratiebewegung durch die Türkische Republik unterstützt, an die Saudis Waffen liefert und, und, und ...

Prüfauftrag: eine europäische Arbeitslosenversicherung

rog – Vor dem Hintergrund anhalten der Debatten zu einer Stärkung der Transferfunktion der EU in den Bereichen der sozialen Sicherheit hat die Europäische Kommission jetzt eine Ausschreibung veröffentlicht, mit der eine auf 18 Monate angelegte Studie eingeleitet wird. In der Ausschreibung werden verschiedene Optionen für eine mögliche europäische Arbeitslosenversicherung zur Auswahl gestellt, deren Vor- und Nachteile analysiert werden sollen. Die Kommission will vor allem evaluieren lassen, wie ein europäisches System auf zyklische Entwicklungen und kurzfristige Arbeitslosigkeit reagieren könnte. Langfristige Trends am Arbeitsmarkt stehen nicht im Fokus der Untersuchung. 18 verschiedene mögliche Formen eines solchen Systems soll der Auftragnehmer untersuchen. Diese 18 Modelle könnte man grob in zwei Gruppen aufteilen. Bei der ersten handelt es sich um Umverteilungssysteme zwischen den Mitgliedstaaten, die durch Arbeitslosigkeit ausgelöst werden und mit einer Zweckbestimmung von Auszahlungen verknüpft sind. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um „echte“ Arbeitslosensysteme, die Beiträge von Bürgern erhalten und Beiträge an Bürger leisten. Dabei könnte die Verwaltung des europäischen Systems als eine Art „Auftragsverwaltung“ von den nationalen Stellen übernommen werden.

Nicht Gegenstand der Untersuchung ist die Frage, ob für die Leistungsempfänger aus den verschiedenen Möglichkeiten eine wirkliche Verbesserung ihrer Situation folgen würde. Die ä-

Berst niedrigen Basisleistungen, die in den Modellen ausgewiesen werden, lassen eine solche Verbesserung durch die europäische Arbeitslosenversicherung nicht vermuten. Es ist aber davon auszugehen, dass es nach der Einführung eines solchen europäischen Elements in der Arbeitslosenversicherung zu Eingriffen in das Leistungsgeschehen kommt, da ja das EU-System in manchen Ländern und für bestimmte Personengruppen an die Stelle anderer, eben nationaler Leistungsarten treten dürfte. Und da ein solches System auch die Beiträge der Unternehmen tangieren dürfte, sind vor allem die Sozialpartner an frühzeitigen Positionierungen interessiert.

Die Gewerkschaften stehen der Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung aufgeschlossen gegenüber. Die Arbeitgeber sehen das Projekt eher skeptisch. Eine europäische Arbeitslosenversicherung ist nach Ansicht der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände nicht geeignet, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder in den Griff zu bekommen und damit einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Eine – auch nur teilweise – Vergemeinschaftung der Kosten der Arbeitslosigkeit sei vor allem den Menschen in jenen Mitgliedsstaaten, die selbst schmerzhaft Reformen am Arbeitsmarkt durchgeführt haben, kaum zu vermitteln. Ferner

seien die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsmarktordnungen in den einzelnen Mitgliedstaaten so unterschiedlich, dass vollkommen unklar bleibe, wie eine europäische Arbeitslosenversicherung darauf abgestimmt werden solle. Auch der Verwaltungsrat der deutschen Bundesagentur für Arbeit, hier getragen von Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften, hat sich geschlossen gegen eine über nationale Sozialbeiträge finanzierte EALV ausgesprochen.

Quelle: <http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/europa/dokumente/d12/EUREPORT%202014%2012e.pdf> – Europäisches Nachrichtenmagazin der Deutschen Sozialversicherung

Nach den Anschlägen auf ‚Charlie Hebdo‘ und den koscheren Supermarkt:

Zu der riesigen Pariser Demonstration

Über die Mobilisierung einer linksliberalen Öffentlichkeit, über rassistische Agitation, und über die ungeschminkte Mobilisierung von legitimer Empörung und Protest für einen Aufruf von Politikern und Diktatoren...

Bernhard Schmid, Paris

Erheblich überarbeitete Langfassung eines Artikels, der am 12. Januar 2015 zunächst beim Internetmagazin ‚telepolis‘ erschien.

„Riesig“ ist zweifellos ein angemessener Ausdruck. Sie war auf jeden Fall enorm stark: Die Mobilisierung auf den Straßen Frankreichs, fünf Tage nach der Ermordung von zwölf Menschen in der Redaktion der Satirezeitung *Charlie Hebdo* und zwei Tage nach der von mehreren Geiseln im jüdischen Supermarkt *HyperCacher* im Südosten von Paris. Die französischen Medien sprechen am Montag früh unisono von rund vier Millionen Menschen, die im Laufe des Wochenendes an Demonstrationen teilgenommen hätten, davon rund zwei Millionen in Paris. Dies deckt sich mit den behördlichen Angaben dazu, die aus dem Innenministerium kommen.

Die Zahlen mögen betont großzügig bemessen sein, denn in diesem Falle hatte die Mobilisierung auf den Straßen einmal die volle Unterstützung von Regierenden, allen etablierten politischen Parteien und Medienestablishment. Unzweifelhaft ist jedoch, dass es eine sehr dichte Menschenmenge war, die sich am Sonntagnachmittag in Paris von der Place de la République in Richtung Place de la Nation bewegte. Erst gegen 19 Uhr verließen die letzten Menschen den Ausgangsort der Demonstration.

Um halb drei, also dreißig Minuten vor dem offiziellen Beginn des Zuges – auf zwei parallelen Strecken, die dafür ausgewiesen wurden – ist auf der Place de la République buchstäblich kein

Durchkommen mehr. Das Métro-Netz ist rund um den Platz großflächig abgestellt worden, aus Sicherheitsgründen – um zu vermeiden, dass sich Menschen darin gegenseitig zu Tode quetschen. Doch zu Fuß kommen sie aus allen Himmelsrichtungen geströmt. Vom Pariser Nord- und Ostbahnhof her ist der Boulevard Magenta seit 14 Uhr überfüllt mit Menschen. Vor einer Druckerei an dem Boulevard, Ecke rue du Faubourg Saint-Martin, drängeln sich Leute, als ob es warme Semmeln gäbe. Ein Blick verrät, dass die Druckerei hier gerade, zwar keine Brötchen, aber warme DIN A3-Plakate frisch vom Drucker weg verteilt. Sie werden den Druckereibeschäftigten beinahe aus den Händen gerissen. Darauf steht: *Je suis Charlie*, „Ich bin Charlie“.

Das wird sicherlich der meist gesehene Slogan an dem Tag werden, auch in anderen sprachlichen Varianten, vom Englischen über das gelegentlich gesichtete deutsche „Ich bin Charlie“ bis hin zur verbreitet zu sehenden arabischen Formulierung („Ana Schahrli“). Man sieht aber auch Abwandlungen. Häufig bekommt man etwa zu Gesicht: „*Ich bin Charlie / Ich bin jüdisch / Ich bin Polizist*“, oder als Variante dazu: „*Ich bin Charlie, ich bin HyperCacher*...“. Dadurch werden die drei Gruppen bezeichnet, aus denen die insgesamt siebzehn Todesopfer der vergangenen Woche – die drei getöteten Attentäter nicht mitgezählt – stammen. Die Polizei wird an diesem Sonntag alles in allem ausgesprochen freundlich behandelt (ihren Auftritten wird wiederholt Applaus gespendet); wohl hauptsächlich, weil aus ihren Reihen ein Blutzoll an die jihadistischen Attentäter bzw. Geiselnnehmer entrichtet

wurde.

Beim Überfall auf die *Charlie Hebdo*-Redaktion starben zwei Polizeibeamte, Ahmed Merabet – der seit längerem dem Chefredakteur „Charb“ (Stéphane Charbonnier) als Personenschützer zugeteilt war – und Franck Brinsolaro. Und der Geiselnnehmer vom *HyperCacher* hatte am Tag zuvor, also am Donnerstag, den 8. Januar, eine Schießerei im Pariser Vorort Montrouge angezettelt und dabei eine junge Polizistin erschossen, die 25jährige Karibikfranzösin Clarissa Jean-Philippe. Wie die Politik-Satiresendung des französischen TV-Senders Canal+, Les Guignols de l'info, erkannte: In den Personen der drei getöteten Polizist/inn/en war das vielfarbige Frankreich ‚black-blanc-beur‘ beisammen. Denn Clarissa Jean-Philippe war schwarz, Ahmed Merabet war algerischstämmig, und Brinsolaro war weiß oder „Biofranzose“.

Der koschere Supermarkt, in dem sich der Geiselnnehmer Amedy Coulibaly am folgenden Tag verschantzt hatte, wurde am Freitag kurz nach 17 Uhr durch die Polizei erstürmt, zum selben Zeitpunkt wie die Druckerei in einem Vorort nordöstlich von Paris, in dem sich die beiden flüchtigen Täter aus der *Charlie*-Redaktion verschantzt hatten. Vier Geiseln waren tot, allerdings nicht infolge der Erstürmung, Polizeiangaben zufolge waren sie vielmehr gleich zu Beginn der Belagerung durch den Geiselnnehmer getötet worden.

Moslemische Demonstrant/inn/en

Manche Schilder und Plakate beziehen auch muslimische Menschen gezielt mit ein. Eine gut 50jährige Frau etwa hält ein Transparent in die Höhe mit dem

Foto und Namen von Mustapha Ourrad hoch. Er arbeitete als Korrektor bei der Redaktion von *Charlie Hebdo* und zählt zu den Attentatsopfern, seine Familie stammte aus der Kabylei, einer von Berbern geprägten Region in Algerien. Eine jüngere Frau hat ihrerseits ein Schild gemalt mit der Aufschrift: „*Ich bin Charlie, und ich mag die Muslime!*“

Anders, als manche Beobachter es im Vorfeld vermutet und befürchtet hatten, sind auch keineswegs nur die weißen Mittelschichten mit intellektuellen Berufen gekommen, die sich für kulturelle Freiheiten interessieren würden, während die Angehörigen von Unterklassen mit Migrationshintergrund außen vor blieben. Empirisch lässt sich das überhaupt nicht bestätigen, auch wenn tatsächlich die weißen und kernstädtischen Mittelklassen deutlich überwiegen. Zahlreiche aus Afrika (oder der Karibik) stammende Menschen mit schwarzer Hautfarbe marschieren ebenfalls mit. Amadou, mit Familienhintergrund aus dem westafrikanischen Mali, etwa fühlt sich doppelt betroffen: Der Jihadist, der im Supermarkt *HyperCacher* als Geiselnnehmer wirkte und dabei ums Leben kam, Amedy Coulibaly, stammt aus einer malischen Migrantenfamilie in Frankreich. Aus demselben Land stammt aber auch Lassana Bathily, der in demselben koscheren Supermarkt fünfzehn Menschen gerettet hat, indem er ihnen gleich zu Anfang der Geiselnahme Zutritt zum Kühlraum verschaffte, diesen abschloss und die Kühlung abstellte, bevor er selbst sich ins Freie wagte.

Einige Demonstranten und Demonstrantinnen sind ferner durch äußere Erkennungsmerkmale als Menschen muslimischen Glaubens zu erkennen, wenngleich diese Gruppe zahlenmäßig schwächer vertreten ist, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Eine Frau mit orangefarbenem Kopftuch wird immer wieder von Mitmarschierenden gebeten, sich mit ihr fotografieren zu lassen. Sie hat auf ihr Schild gemalt: „Wer einen Menschen tötet, bringt die Menschheit um. Ein Menschenleben ist überall gleich viel wert – ob in Paris, Nigeria, Syrien oder in Gaza.“ Und einer der meistapplaudierten Blöcke in der Demonstration – nach dem der Opferfamilien und der verbliebenen *Charlie-Redaktion*, und wohl auch den Polizisten – ist der von syrischen Oppositionel-

len, die ihrerseits „*Ana Schahrly*“ auf ihre Schilder geschrieben haben. Und die immer wieder ausrufen: „*Ich bin Charlie, ich bin Syrer. Assad – Mörder, Jihadisten – Mörder.*“ Sie loben die syrischen Oppositionellen, aber auch den militärischen Widerstand in der kurdischen Stadt Kobanê gegen den selbst ernannten „Kalifatsstaat“ des IS.

Linksliberale Mobilisierung...

Das Hauptutensil der Demonstranten sind Stifte, Schreib- und Malstifte, in Anspielung auf die Freiheit der Meinungsäußerung – des geschriebenen Worts und der Karikatur, egal ob guten oder schlechten Geschmacks –, wegen deren Ausübung *Charlie Hebdo* nach verbreiteter Lesart angegriffen wurde. Stilisierte Bleistifte in ein bis anderthalb Metern Größe werden auf den Schultern mitgeschleppt. Einer ist drei bis vier Meter lang und wird wie ein Sarg auf Händen über die Menge getragen.

Aggressivität, etwa gegen Muslime, oder nationalistische Mobilisierung – im Sinne von „Frankreich ist angegriffen worden“, wie etwa Ex-Präsident Nicolas Sarkozy verkündet hatte – ist nicht die vorherrschende Grundstimmung der Menge an diesem Sonntag. Zwar werden auch einige französische Flaggen mitgeführt, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund haben ihre eigenen Fahnen mitgebracht.



„Wer einen Menschen tötet, bringt die Menschheit um. Ein Menschenleben ist überall gleich viel wert – ob in Paris, Nigeria, Syrien, in der Ukraine oder in Gaza.“

Die häufigsten sind die portugiesische und die brasilianische. Der Autor sah auch eine einzelne deutsche und eine einzelne albanische Fahne. Eher verwirrt wirkt das Schild einer jungen Frau, das proklamiert: „*Stolz, Französin zu sein.*“

... und rassistische Mobilisierung

Aber es gibt auch das andere, das aggressiv auftretende und rassistisch ausgrenzende Frankreich, wie nicht zuletzt die wachsende Liste von Übergriffen auf muslimische Einrichtungen belegt. Innerhalb von fünf Tagen wurden 54 Attacken auf muslimische Gebetshäuser und Moscheen, und auch Übergriffe auf Privatwohnungen verübt.

Dieser Teil Frankreich drückt sich weit weniger auf der sonntäglichen Demonstration aus, die überwiegend von der linksliberalen Öffentlichkeit getragen wird. Auch wenn der pensionierte Mathematiker Jean-Paul, selbst Kommunist, meint, die Mobilisierung gehe schon darüber hinaus „*Auf meinem Bahnsteig beim Warten auf den Vorortzug sah ich zahlreiche Kommunalparlamentarier meiner Stadt, an ihren Schärpen in den Farben der Tricolore erkennbar, die auf den Zug zur Demonstration warteten wie ich. Das konservative Spektrum der Kommunalpolitik war aktiv dabei.*“

Das aggressiv rassistisch auftretende Frankreich findet sich an diesem Sonntag jedenfalls im Pariser Raum jedoch eher bei Leuten, die passiv vor dem Fernsehbildschirm oder an ihrem i-phone verharren oder am Tresen des „Café du commerce“ – das Pendant zum deutschen Stammtisch – die Dinge kommentieren. Jedenfalls für den Raum Paris stellen sich die Dinge so dar. Der rechtsextreme Front National (FN) versteht es, diese Stimmung auszunutzen. Seine Chefin Marine Le Pen wurde am Freitag früh neben anderen Parteivertretern, François Bayrou (christdemokratisch-liberal) und Jean-Luc Mélenchon (Linkspartei), von Präsident François Hollande offiziell im Elysée-Palast empfangen. Der FN hat keine Fraktion im französischen Parlament, sondern zählt dort im Augenblick nur zwei Abgeordnete, was sich in naher Zukunft zu ändern droht.

Durch martialisches Auftreten, lautstarken Forderungen nach Todesstrafe und dem Ruf, man befinde sich nunmehr „im Krieg mit dem radikalen Islam“, versucht der FN, die Stimmung in autoritären Kreisen der Gesellschaft zu toppen. In Marseille nahm der FN-Bezirksbürgermeister der nördlichsten Stadtteile, Stéphane Ravier, zugleich ungehindert an der Kundgebung teil, zu der die Linke aufgerufen hatte. Und in der FN-regierten Gemeinde Hénin-Beaumont

nahm die extreme Rechte die Kundgebung gleich selbst in die Hand.

Zu Lebzeiten hätten die JournalistInnen von Charlie Hebdo ihren Vertretern nicht die Hand gereicht, die ihnen nun auf den Gräbern heuchlerisch entgegengestreckt wird. Allerdings teilen nicht alle Bestandteile der extremen Rechten die vordergründige Anteilnahme. Auf den sich in Windeseile ausbreitenden Slogan „Ich bin Charlie“ reagierte die rechtsextreme Webseite NDF.fr, die dem national-katholischen Flügel des FN aber auch konservativen Rändern nahe steht, mit eigener Parole: „*Ich bin nicht Charlie! Ich bin die beiden Polizisten, die von Fanatikern ermordet wurden, als sie andere Leute schützten.*“

Dass die Frage der An- oder Abwesenheit der extremen Rechten am Freitag und Samstag (9. und 10. Januar) vorübergehend in den Mittelpunkt rückte, hatte die französische Öffentlichkeit auch dem, nun ja, „Geschick“ des amtierenden Premierministers Manuel Valls zu verdanken. Er begnügte sich nicht etwa damit, dass es einen Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger gab und zum Gedenken an die Ermordeten demonstrieren konnte, wer mochte. Er musste unbedingt einen Autoritätsbeweis des Staates aus der Demonstration machen wollen. Und er meinte unbedingt, eine „nationale Einheit“ oder auch „Union sacrée“ („Heilige Union“, so bezeichnete man die „Burgfriedens“politik der politischen Parteien im Ersten Weltkrieg) demonstrieren zu müssen. Am vorigen Donnerstag forderte der rechte Sozialdemokrat Valls also die konservativ-wirtschaftsliberale UMP dazu auf, die Demonstration mit zu organisieren, und lud deren alt-neuen Vorsitzenden Nicolas Sarkozy explizit zur Teilnahme an seiner Seite auf. Die UMP hatte daraufhin ihrerseits nichts Besseres zu tun, als seit dem Donnerstagabend zu fordern, nun müsse auch der rechtsextreme Front National dabei sein. Zu Lebzeiten hätte keiner der ermordeten Satirejournalisten etwas mit der neofaschistischen Partei zu tun haben wollen, im Gegenteil – *Charlie Hebdo* lancierte 1995 eine Petition für ihr Verbot und sammelte dafür insgesamt rund 200 000 Unterschriften.

Im Laufe des Freitag, den 9. Januar drehte sich dann die innenpolitische Debatte vorübergehend hauptsächlich um die Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme des Front National. Diese Idee fanden unter anderem einige Mitglieder der regierenden Sozialdemokratie nun doch nicht so gut. Der FN nutzte es aus, um seinerseits in die Offensive zu gehen und nun Druck auf die konservative UMP aufzubauen – die Führungsleute des Front National forderten Letztere auf, der Demo fernzubleiben, falls diese durch

Ausgrenzung der rassistischen extremen Rechten zu einer „sektiererischen Veranstaltung“ würde. Letztendlich verhalf sich der Front National mit einer Pirouette: Marine Le Pen rief am Samstag, den 10. Januar ihre Anhänger dazu auf, am Wochenende überall in Frankreich mitzudemonstrieren, mit Ausnahme von Paris. Dies war taktisch geschickt: In der Hauptstadt wären ihre Parteigänger ohnehin in der Menge untergegangen oder eventuell angefeindet worden. Ihre Parteifunk-



tionäre demonstrierten nun vor allem in den elf Städten, die seit dem März 2014 rechtsextreme Bürgermeister haben. Marine Le Pen selbst begab sich in eine dieser Kommunen, Beaucaire, eine Stadt im südfranzösischen Département Gard mit 16 000 Einwohnern. Dort, wo insgesamt rund 1000 Leute demonstrierten, zeigte sie sich auf dem Balkon des Rathauses und ließ sich applaudieren.

Die verkorkste innenpolitische Debatte der ersten halben Woche nach dem Attentat auf ‚Charlie Hebdo‘ hat es auf jeden Fall der extremen Rechte mehrere Tage lang erlaubt, sich einmal mehr in den Mittelpunkt zu spielen. Und zugleich sowohl als eine Partei zu erscheinen, die auf Bedrohungen für das Land reagiere, als auch als „eine Partei nicht wie die anderen, und vom System ausgegrenzt“. Diese doppelte Profilierung kann ihr leider nur nützlich sein. Auch wenn im Augenblick durchaus nicht gewiss ist, dass ihre Rechnung kurzfristig aufging: Tatsächlich wurde ihr Auftritt in der relativ kleinen Stadt Beaucaire letztendlich in den Medien eher so ausgelegt, als sei Marine Le Pen fernab vom breiten Geschehen aufgelaufen.

Derzeit sieht es jedenfalls laut ersten Umfragen so aus, als könnten Marine Le Pen und der Front National nicht von der aktuellen innenpolitischen Lage profitieren: Ihre Umfragewerte bleiben stabil, bessern sich jedoch nicht auf. (Konkret: 28 Prozent für die Partei, 27 Prozent für Marine Le Pen; und 26 Prozent für den konservativen, „offiziellen“ Oppositionsführer Nicolas Sarkozy. Lediglich der persönliche Wert für Marine Le Pen – er drückt aus, wie viel Prozent der Befragten

ihr „stärkeren Einfluss“ wünschen – nimmt dabei um ein Prozent zu. Der Wert ihrer Partei, aber auch jener des konservativen Rivalen Sarkozy, bleiben identisch gegenüber vor den Attentaten.)

Doch auf die Dauer zählt wohl nicht die Wirkung innerhalb der ersten acht Tage, sondern zählen die mittel- und längerfristig sich festsetzenden Eindrücke. Und da ist die Sache beileibe noch nicht ausgemacht.

Auflauf von Staatsoberhäuptern: die nackte Instrumentalisierung von Protest

Auch in anderer Hinsicht hat das Agieren von Premierminister Manuel Valls, der unbedingt den anfänglich spontanen Protest in eine staatstragende Veranstaltung kanalisieren wollte, in vielen Augen fatal gewirkt, Schaden angerichtet. In seinem Eifer, die Demonstration in eine Staatsveranstaltung umzufunktionieren – ursprünglich gab es einen Aufruf zuerst von antirassistischen Organisationen und dann von französischen Gewerkschaften zur Demonstration am Samstag, er wurde dann jedoch durch die etablierten Politikapparate mit ihrem Gewicht zugunsten des Sonntagsaufrufs verdrängt – lud Manuel Valls auch allerhand Personen zur Demonstration in Paris ein, mit denen die ermordeten Satiriker ebenfalls nichts hätten zu tun haben wollen.

45 Staats- und Regierungschefs – wie Angela Merkel, David Cameron und Mariano Rajoy – zuzüglich Nato-Generalsekretär kamen am Sonntag, den 11. Januar nach Paris. Unter ihnen Diktatoren aus der französischen Einflussphäre in Afrika wie der blutige Schlächter Idriss Déby (Präsident des Tschad) und Ali Bongo aus der Erdölrepublik Gabun. Ahmet Davutoglu, Premierminister von Sultan, pardon: Präsident Erdogan aus der Türkei, der ukrainische Präsident Poroschenko und andere Figuren rundeten das Bild ab. Rechtsextreme Minister aus Israel wie der berüchtigte Rechtsnationalist Naftali Bennett („Ich habe in meinem Leben viele Araber umgebracht und kein Problem damit“) begleiteten ihren Regierungschef Benjamin Netanyahu nach Paris; Letzterer (er hatte sich selbst eingeladen) verkündete den französischen Juden, sie sollten ihr Heil in einem Umzug nach Israel suchen, woraufhin ihm der französische Premierminister Manuel Valls entschieden widersprach: „*Die Juden haben ihren Platz in Frankreich!*“ Auch der bekannte Filmemacher Claude Lanzmann, der u.a. ‚Shoah‘ drehte, bekundete sein Nichteinverständnis: „*Frankreich ohne die Juden wäre nicht mehr dasselbe Frankreich.*“

Tüchtig blamiert hat sich bei all dem vor allem einer, nämlich der frühere französische Präsident Nicolas Sar-

kozy. Als Ex-Staatsoberhaupt durfte er im Pulk der Spitzen-Staatspolitiker/innen mitlaufen. Allerdings hätte er vom Protokoll her aufgrund seiner aktuellen Position in der dritten Reihe mitlaufen müssen – also hinter den derzeit amtierenden Staats- und Regierungschefs, die in den ersten beiden Reihen Aufstellung bezogen. Un-erträglich in den Augen von Nicolas Sarkozy. Absolut unerträglich für ihn. Auf den zahlreich geschossenen Bildern sieht man ihn also, wie er (Sarkozy) sich Minute für Minute nach vorn arbeitet, bevor er schlussendlich in die vorderste Reihe einreicht und irgendwo zwischen François Hollande und Benjamin Netanyahu mitlaufen kann. Wohl auch aufgrund dieser Begebenheit, die beim Publikum schnell zum Lacherfolg wurde – jedoch mehr ist als nur eine, letztlich wenig aussagende, Anekdote – kann Sarkozy als derzeitiger „Oppositionsführer“ des Bürgerblocks in Frankreich derzeit kaum von der Situation profitieren. Die Umfragewerte für ihn bleiben gleich, während die Popularitätswerte von Präsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls – die bislang allerdings auf einem Rekordtief verharrten – sich sprunghaft verbesserten.

All diese Staats- und Regierungschefs, unter ihnen auch gekrönte Oberhäupter (das Königspaar aus Jordanien), demonstrierten allerdings keine halbe Stunde lang: Die Staatsrepräsentanten wurden mit einem Bus aus dem Elysée-Palast an die Spitze auf dem Boulevard Voltaire gefahren, verließen den Aufzug allerdings bereits auf der Höhe des Rathauses des 11. Pariser Bezirks, also nach wenigen hundert Metern wieder. Rund um sie herum wurden – aus nahe liegenden Sicherheits-Imperativen – die Straßenfläche und die Trottoirs menschenleer gehalten und abgesperrt. Dies wiederum befeuert nun im Internet die Verschwörungstheoretiker und andere Spinner, die auf die Bilder von den Nahaufnahmen der Demonstrationsspitze hinweisen (man sieht einen Politikerpulk und rund herum Leere), um den gesamten Demonstrationzug als Schiebung, die Berichterstattung darüber als Manipulation und die Mobilisierung als Fake hinzustellen. Was natürlich Quark ist.

Dieses Profil der Demonstrationsspitze sorgte dafür, dass aus der Zivilgesellschaft und vor allem aus der Linken letztendlich doch viele Menschen fortblieben, die eigentlich hätten am Protest teilnehmen wollen. An den Intentionen der Menschen in der Menge direkt änderte es allerdings nicht.

Weiterer Artikel vom Autor zu den Hintergründen der Täter: <http://www.hagalil.com/archiv/2015/01/16/djihad-in-paris/>
Eine Fotostrecke dazu: <http://www.trend.info-partisan.net/trd0115/t330115.html>

Im Vorfeld der Landtagswahl Baden-Württemberg

Wird die FDP als liberale Partei zurückkommen?

Im Wirbel der aktuellen Ereignisse um „Charlie“ und Pegida ging fast unter, dass sich in Stuttgart eine politische Partei traf, die die Geschichte der Bundesrepublik mitgeprägt hat und – soweit es nach ihr geht – auch in Zukunft wieder eine Rolle in den Parlamenten und Regierungen spielen will.

Die Rede ist vom Dreikönigstreffen der FDP, aus dem die Beteiligten neue Hoffnung schöpften. Tatsächlich hat es die FDP mit diesem Treffen geschafft, den Prozess der programmatischen Neuformierung abzuschließen. Sie will sich jetzt wieder mehr nach außen wenden und hofft bei den anstehenden Landtagswahlen ausreichend Stimmen zu sammeln. Als Zielmarke hat die FDP vor allem den Wiedereinzug in den Landtag von Baden-Württemberg im März 2016 ins Visier genommen. Schafft sie das, könnte sie bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2017 Schwung holen, damit es im Herbst 2017 wieder in den Bundestag reicht.

Ist das nur das übliche Schönreden, das zum politischen Geschäft zu gehören scheint? Der verhaltene Optimismus der Parteiführung der FDP beruht auf mehreren Hoffnungen.

Zum ersten hat die FDP eine programmatische Klärung hinter sich, die, soweit man das von außen beurteilen kann, von der großen Mehrheit der Partei mitgetragen wird. Zwar hatte es im Vorfeld des Parteitags noch mal kurze Aufregung gegeben wegen des Verhältnisses zur trüben Pegida-Bewegung. Der für Provokationen bekannte Wolfgang Kubicki aus Schleswig-Holstein zeigte vor dem Termin „Verständnis für deren Sorgen“, auf dem Treffen hielt er aber den Mund, als der Parteivorsitzende Christian Lindner sich eindeutig distanzierte. Rechtsnationalismus und Europafeindlichkeit sind derzeit keine programmatischen Optionen für die FDP – beachtlich, denn immerhin hatte noch 2011 nur eine knappe Mehrheit der FDP-Mitglieder eine Euro-skeptische Initiative abgelehnt.

Davon war auf dem Dreikönigstreffen keine Rede mehr: Der Parteivorsitzende Lindner eröffnete seine Rede mit einer Kritik an allen, die „versprechen ein Zurück in Zeiten, in denen man sich im Nationalstaat verschanzen konnte“.

Programm: Liberalismus

Die Westerwelle-FDP hatte Liberalismus auf eine enge Klientel reduziert, auf diejenigen, die es bereits geschafft haben. Ihnen wurde versprochen, dass sich die Kritik an Bürokratie und staatlicher Bevormundung direkt auszahlen wird durch niedrigere Steuerzahlun-

gen. Mit der platten Parole liberal = bereichert Euch geriet die FDP in eine schwere Krise. Viele Anhänger und Wähler begannen sich zu genieren, ein Bekenntnis zur FDP war moralisch anrühlich geworden; entsprechend die Wahlergebnisse.

In dem Jahr seit der Bundestagswahl hat die FDP eine programmatische Diskussion geführt; nach Angaben der FDP beteiligten sich daran über 15 000 Mitglieder. Lindner stellte nun auf dem Dreikönigstreffen die Ergebnisse dieser Diskussion vor.

Lindner beginnt mit der äußeren Form der Politik: er könnte jetzt eine Rede halten, wie sie alle erwarteten. Abarbeiten an der großen Koalition, die nur noch sozialdemokratische Politik mache, weshalb eine wirtschaftsliberale Korrektur durch die FDP nötig sei. Das wolle er aber nicht, das sei alles bekannt und ein bloßes Ritual. Er fährt fort:

„Wir sind eine traditionsreiche Partei. Die wesentlichen Grundfragen der Bundesrepublik haben wir mitgeprägt. Aber die Unionsparteien auch. Mag man den aktuellen Kurs missbilligen, die Konservativen von Adenauer bis Kohl haben sich um Deutschland verdient gemacht. Mit den Sozialdemokraten haben wir die neue Ostpolitik verwirklicht und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit mag mich in den Ergebnissen nicht überzeugen, ein anerkennenswertes Motiv ist es schon. Die Grünen haben das ökologische Bewusstsein unserer Gesellschaft gestärkt, auch wenn ich so einiges als totalitär empfinde. Wir haben oft über die Schwächen und Fehler der anderen gesprochen. Man spricht aber nur über die Schwächen anderer, wenn man sich seiner eigenen Stärke nicht bewusst ist. Wer Respekt will, muss auch anderen Respekt zollen können. Als Partei der Meinungsfreiheit muss die FDP schon im Stil wieder einen Unterschied machen!“

Lindner spricht die (potentiellen) Wähler seiner Partei an als „aufgeklärte“ Menschen, die genug haben von dem verbreitete Politikstil „wir haben recht und alle anderen sind unsere Feinde“.

Lindner vermutet, dass es bei den Wählern eine ausreichend große Gruppierung gibt, die er so ansprechen kann. Es müsse deutlich werden, warum man Freier Demokrat geworden sei und nicht Christ- oder Sozialdemokrat. Seine Antwort:

„Wir sind zurückgegangen an die Quellen unserer Überzeugung. In meinem persönlichen Fall war es stark verbunden mit einem Lebensgefühl. Ich habe das dieser Tage schon einmal berichtet. Ich habe als Schüler den Weg

zu den Freien Demokraten gefunden. Ich bin richtig aktiv geworden, als ich mit 18 Jahren meine erste eigene, selbst gemietete Wohnung bezogen habe. Erinnern Sie dieses Gefühl noch? Das Gefühl der Unabhängigkeit? Und die Vorfreude auf das, was jetzt noch alles kommen kann? Das ist ein Lebensgefühl! Es hat nichts mit Beruf oder Einkommen oder Alter oder Geschlecht zu tun. Es ist die Liebe zur Freiheit. Ich bin überzeugt, dass viele Menschen dieses Gefühl teilen – aber dass unsere Gesellschaft insgesamt zu wenig davon hat!“

Wie aus der Zitatesammlung im Kasten hervorgeht, versucht die FDP eine Wiederbelebung des klassischen Liberalismus: Stolz auf die eigene individuelle Leistung, auch wenn diese Leistung noch keine Früchte gebracht hat. Damit soll eine Verengung auf klassische Klientelpolitik, die die FDP natürlich weiterhin betreiben will, vermieden werden. Angesprochen werden soll nicht nur der Mittelständler, der in der Regierung jemand haben möchte, der gegen Regulierungen des Arbeitsmarktes auftritt. Angesprochen werden sollen auch Studierende, die mit einer im Wissenschaftsbetrieb gefundenen Idee auf den Markt streben.

Zarte Signale

Nun ist eine in sich schlüssige Pro-grammatik sicher grundlegend, wenn

sich dafür aber nicht ausreichend Anhänger finden lassen, nützt das nichts. Bisher war die FDP von der Mehrheit der Presse abgeschrieben. Auch ein eher wohlwollend kommentierter Auftritt des Vorsitzenden beim Dreikönigstreffen ändert daran nicht so schnell etwas.

Die Signale, dass das Konzept von Lindner aufgehen könnte, kommen von woanders. Am Dreikönigstreffen nahm unter anderem Berthold Leibinger teil, Senior-Chef der Firma Trumpf, die Weltmarktführer bei Lasertechnik für Metallverarbeitung ist. CDU-Mitglied Leibinger sagte, er wolle mit seiner Anwesenheit für eine schwarz-gelbe Koalition nach der Landtagswahl 2016 werben; die CDU brauche „ein Korrektiv“ durch einen „liberalen Partner“. Das seien, und das sehe er wie viele andere aus der Wirtschaft, die geläuterten Freidemokraten, bei denen „die Maximen Eigenverantwortung, Wettbewerb, Marktwirtschaft, Subsidiarität gewissermaßen in den Genen verankert“ seien.

AfD Baden-Württemberg in der Krise

Die jetzige grün-rote Landesregierung hat derzeit in Umfragen keine Mehrheit. Der populäre Ministerpräsident wäre bei einer schwarz-grünen Koalition weg.

Das Wahlsystem in Baden-Württemberg zwingt zu einer harten Auswahl:

Jeder hat nur eine Stimme. Wähler des bürgerlichen Lagers haben als Optionen: Alleinregierung der CDU (nach dem Erfahrungen mit dem letzten CDU-Ministerpräsidenten Mappus eher fraglich). Oder die AfD stärken, damit diese als konservatives Korrektiv zur CDU sich etablieren kann. Regierungsfähig ist die AfD im Land aber überhaupt nicht. Etwa ein Drittel der Parteimitglieder der AfD gehören zum christlich-fundamentalistischen Flügel, die mit extremen Äußerungen in der Öffentlichkeit auffallen.

So hat der Stuttgarter AfD-Gemeinderat Heinrich Fiechtner den Koran gleichgesetzt mit Adolf Hitlers „Mein Kampf“ und den Stuttgart OB Kuhn als einen miesen „faschistoid-populistischer Scharfmacher“ bezeichnet. Gegen Fiechtner, praktizierender Arzt und aktiver evangelischer Christ, läuft jetzt ein Parteiausschlussverfahren. Auf dem Landesparteitag der AfD am 17./18. Januar trat die Zahnärztin Christina Baum gegen den Landesvorsitzenden an mit den Thesen vom „schleichenden Genozid der deutschen Bevölkerung“, den die Grünen betrieben. Sie erhielt 198 von 541 Stimmen.

Die AfD scheint sich entlang der Linie christlich-fundamentalistisch gegen nationalliberal zu zerlegen. Das könnte bei der Landtagswahl in etwas mehr als einem Jahr durchaus der FDP zu Gute kommen. *Alfred Küstler*

Zitate aus der Rede des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner am 6. Januar in Stuttgart

Deutschland ist heute stark. Aber für seine Zukunft brauchen wir mehr. Mehr Tatkraft, mehr Optimismus und mehr Freiheitsliebe!

Es ist die Liebe zur Freiheit. Ich bin überzeugt, dass viele Menschen dieses Gefühl teilen – aber dass unsere Gesellschaft insgesamt zu wenig davon hat!

Unser Auftrag: Stärken wir den Glauben der Menschen an sich selbst!

Wenn andere den Bürgern sagen: „Das kannst Du nicht“ und „Das darfst Du nicht“ sagen wir: „Klar kannst Du das!“ Wir machen DICH größer – und nicht den Staat.

Die liberale Erzählung beginnt nicht mit dem Steuerrecht. Beginnen wir die liberale Erzählung von heute an mit dem Kapitel der Bildung und Emanzipation des Einzelnen. Weil sich die Geschichte der Aufklärung in jeder Generation neu wiederholen muss.

Wenn das Streben nach guten Leistungen schon in der Schule zu einem charakterlichen Makel umgemünzt wird, dann stimmt etwas nicht. Und dagegen muss man sich wehren – und davor muss man Kinder und Jugendliche schützen. Mir hat der Handwerkspräsident Wollseifer neulich vom Sohn eines Augenarztes berichtet, der Au-

genoptikermeister wird. Wer das als Bildungsabstieg begreift, der hat nicht verstanden, woraus unser Land seine Stärke bezieht.

Deutschland muss sich trauen, wieder die Republik der Chancen zu werden! Zukunft kann man nicht nur fürchten, man kann Zukunft auch gewinnen!

Wir brauchen eine neue Chancenkultur: Risikobereitschaft braucht Anerkennung – und wer scheitert, der hat einen neuen Anlauf verdient!

Es darf nicht dazu kommen, dass die Stärke des organisierten Protests mehr zählt als wissenschaftliche Argumente!

Der Ausstieg aus der Kernenergie hat uns eines gelehrt: Es müssen nicht nur die Folgen der Einführung einer Technologie untersucht werden, sondern auch die Folgen des Verzichts auf eine Technologie!

Daher müssen wir dafür sorgen, dass jeder Einzelne die Hoheit über seine Daten behält, um diese großartigen Technologien selbstbestimmt nutzen zu können!

Liberale können und dürfen nicht für Branchen oder gar Unternehmen Partei ergreifen, um sie mit Gesetzen, Protektionismus oder Subventionen

zu schützen. Aber wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Etablierten und den Newcomern, zwischen den Mächtigen und den Außenseitern schaffen, damit die Kunden entscheiden können – und sich die bessere Idee durchsetzt!

Zum Abendland, das die zu verteidigen vorgeben, gehört für uns die Aufklärung. Dazu gehört Lessings Ringparabel von der Toleranz zwischen den Religionen. Dazu gehört die Idee des weltanschaulich neutralen Staates mit seiner liberalen Verfassung. Wer sie achtet, wer nach den Regeln spielt, sich um den Lebensunterhalt seiner Familie bemüht, für den muss in unserem Land die preußische Toleranz gelten – dass nämlich „jeder nach seiner Façon selig“ werden darf

Die innere Liberalität unseres Landes und seine Weltoffenheit fordern von uns geistige Wehrhaftigkeit. Die AfD ist kein Ersatz für die FDP. Die AfD ist das Gegenteil all dessen, was uns Liberalen heilig ist.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Unser Platz ist immer an der Seite derjenigen, die sich weltweit für Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft einsetzen!

USA: Klinikpersonal streikt in Kalifornien

Über 2.600 Beschäftigte der Kaiser Permanente Mentalkliniken befinden sich seit Montag im Streik, der auf 35 Einrichtungen ausgedehnt werden soll und zunächst die ganze Woche dauern soll. Dabei geht es um die Abwehr von Kürzungsmaßnahmen des Unternehmens die – obwohl der „Vorschlag“ auf Belegschaftsversammlungen niedergestimmt worden war – von der Unternehmensleitung umgesetzt werden, etwa die Kürzung der Krankenversicherung von Betriebsrentner, was als Auftakt eines Renditeplanes gilt, der auf Kosten der Belegschaft umgesetzt werden soll, so die Gewerkschaft NUHW.

Quelle: <http://nuhw.org>, 10.1.2015

Türkei: Krankenhaus-Beschäftigte entlassen

Am Krankenhaus der Maltepe-Universität in Istanbul sind 98 Beschäftigte wegen ihrer Mitgliedschaft in der Disk-Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen entlassen worden. Die Beschäftigten hatten sich der Gewerkschaft angeschlossen, um für bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus zu kämpfen. Ihre Forderungen waren höhere Löhne, was seit mehreren Jahren versprochen worden war, und kürzere Arbeitszeiten. Mehrere der jetzt entlassenen Beschäftigten waren seit über zehn Jahren in dem Krankenhaus beschäftigt und hatten für ihre Arbeit verschiedene Auszeichnungen bekommen. Unter den Entlassenen sind Schwerbehinderte ebenso wie Ehepaare, so dass ganze Familien jetzt ohne Einkommen dastehen.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, <http://www.devsaglikis.org.tr>, 9.1.2015

Polen: Zechenstreik und Blockade der Eisenbahn

Die Kohlegesellschaft Kompania Weglowa beschäftigte vor zehn Jahren bei der Gründung als AG rund 65 000 Menschen, heute sind es etwa noch 47 000. Jetzt sollen von den 14 Zechen gleich vier geschlossen und die zehn anderen an andere Unternehmen abgegeben werden. Hintergrund ist eine langandauernde Absatzkrise, die durch die stark gefallen Ölpreise weiter verschärft wurde. Der nach eigenen Angaben größte Kohleförderer Europas bzw. die polnische Regierung haben offensichtlich nur ein Problem: Dass die Belegschaften ihren Beteuerungen, es würden nur wenige entlassen und dies unter sozialen Bedingungen, nicht glauben. Tatsächlich streiken die Belegschaften seit dem 8. Januar. Tausende sind „unten geblieben“, andere blockieren Eisenbahnen in Schlesien.

Am 12. Januar reiste die Premierministerin zu Gesprächen mit den Gewerkschaften nach Katowice. Der Sprecher der Gewerkschaft PZZG Dariusz Potyrala sagte nach dem Treffen mit der Ministerpräsidentin Kopacz, die sozialen Argumente der Gewerkschaften seien in den Verhandlungen durch eine Flut wirtschaftlicher Erwägungen ertränkt worden. Die Gespräche wurden ohne Ergebnis nach 12 Stunden beendet. Die erste Reaktion darauf war, dass nun 12 der 14 Weglowa-Zechen bestreikt werden. Vor den Verhandlungen waren es acht Zechen.

Quelle: <http://www.warsawvoice.pl>, 14.1.2015

Indien: Kampf gegen Privatisierung der Kohlezechen

Die Privatisierungspläne der Regierung Modi stoßen weiter auf starken Widerstand: Nachdem Premierminister Modi gegen Ende 2014 für viele überraschend erneut die Versteigerung der Abbaurechte auf die Tagesordnung gesetzt hatte (frühere Versteigerungen waren kurz zuvor vom Obersten Gerichtshof wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt worden), hatten der All India Trade Union Congress (AITUC), Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS), Hind Mazdoor Sabha (HMS) und der Indian National Trade Union Congress (Intuc) die rund 370 000 Beschäftigten der Coal India Limited (CIL) zu einem fünftägigen Streik aufgerufen, der nach Gewerkschaftangaben von über 80% der Belegschaft befolgt wurde und an dem sich auch die Beschäftigten anderer Kohlegesellschaften beteiligten. Nach einem ausführlichen Gespräch mit dem Energieminister haben auf dessen Zusagen hin die meisten der beteiligten Gewerkschaftsverbände den Streik bereits am Mittwoch, dem 7. Januar beendet. Er hatte verschiedenen Quellen zufolge zugesagt, es werde im Zuge einer eventuellen Privatisierung keine Entlassungen geben.

Quelle: <http://timesofindia.indiatimes.com>, 7.1.2015, <http://economictimes.indiatimes.com>, 9.1.2015

Indien: Fabrikblockade bei Holcim ausgesetzt

Am 9. Januar blockierten Familienangehörige von Leiharbeitern die drei Zufahrten zum Fabrikneubau bei ACC-Holcim in Jamul. Der schnell anwachsende Protest zwang ACC-Holcim, schriftlich in Drei-Parteien-Gesprächen einzuwilligen. Bei bitterer Kälte um 6 Uhr früh blockierten Frauen und Kinder von Leiharbeitern des zum Holcim-Konzern gehörenden Werks in Jamul, Chhattisgarh (Indien) die Zugänge zum Bauplatz für ein neues Werk. Mit ihrer Protestaktion fordern sie vom Holcim-Konzern

(größter Baustoffhersteller der Welt), endlich ernsthafte Schritte zur Lösung des jahrelangen Konflikts mit den Leiharbeitern. 2011 hatte das Oberste Gericht in Chhattisgarh in zweiter Instanz festgestellt, dass die Leihverträge im Holcim-Werk Scheinverträge sind und dem Arbeitsrecht widersprechen. Das Gericht forderte Holcim auf, die Leiharbeiter, die teilweise seit mehr als zwanzig Jahren bei ACC arbeiten, fest anzustellen. Holcim-Indien ging in Revision und schob damit eine Lösung für die Leiharbeiter und ihre Familien, die gezwungen sind, unter prekären Verhältnissen zu arbeiten und zu leben, auf die lange Bank. Auch eine Klage wegen Verletzung der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen hat zu keinen Ergebnissen geführt. Aus diesem Grund entschlossen sich die Familienangehörigen, zusammen mit der Gewerkschaft der Leiharbeiter PCSS (Pragatishel Cement Shramik Sangh) zur Protestaktion gegen das im Bau befindliche neue Werk von ACC-Holcim. Die große Zahl der Protestierenden sorgte für Nervosität bei Polizei und Betriebsführung, die sich bemühten, eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden. Diese wurde gefunden, als das Holcim-Management einwilligte, an einem Treffen zwischen den Distriktbehörden und der Gewerkschaft teilzunehmen und die Informationen zur neuen Fabrik offen zu legen.

Quelle: Medienmeldung <http://www.solifonds.ch>, 11.1.2015

Mexiko: 2014 wurden zehn Journalisten ermordet

Laut dem Bericht des Lateinamerikanischen Journalistenverbandes (Felap) und mexikanischer Fachverbände sind 2014 in Mexiko zehn Journalisten getötet worden. 22 weitere Medienschaffende wurden Opfer des „Verschwinden-Lassens“. Von 2000 bis heute wurden insgesamt 139 Morde an Journalisten, ihren Familienangehörigen oder ihnen nahe stehenden Personen begangen. In diesem Jahr gibt es bereits einen neuen Fall von Verschwinden-Lassen: Am 2. Januar wurde der Journalist, Fotoreporter und soziale Aktivist José Moisés Sánchez von einem bewaffneten Kommando aus seinem Haus entführt. Dies sei geschehen, „nachdem er vom PAN-Bürgermeister von Medellín de Bravo, Omar Cruz, bedroht wurde“, so der Felap-Bericht. Sánchez arbeitet für die Lokalzeitung „La Unión“, deren Herausgeber er auch ist. In seinen Beiträgen ging es vor allem um die Korruption in der Bezirksverwaltung. Nach Aussagen der anwesenden Familie kamen die schwer bewaffneten Männer mit drei Autos, stürmten das Wohnhaus, schleppten Sánchez mit Gewalt in eines der Fahrzeuge und fuhren mit ihm davon. Seinen Computer,

die Kamera und mehrere Mobiltelefone nahmen sie mit. Als die Familie die Polizei anrief, ging niemand ans Telefon. Inzwischen wurden alle 38 Lokalpolizisten von der Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeladen, 13 sind in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, die Entführung von Sánchez zugelassen zu haben. Seit dem Jahr 2000 bis heute sind allein in Veracruz 15 Journalisten ermordet worden und mit Sánchez sind es fünf Verschwundene.

Quelle: <https://amerika21.de>, 8.1.2015

Nicaragua: Dole entschädigt Arbeiter

Die US-amerikanische Dole Food Company ist der größte Anbieter von Obst, Gemüse und Schnittblumen weltweit. Jetzt zahlt die Company Entschädigungen an ehemalige Plantagenarbeiter, die durch die Verwendung der Pestizide NemaGón und Fumazone schwer erkrankt sind. Dies berichtete der Anwalt der Betroffenen, Antonio Hernández Ordeñana. Wie der Sprecher des Konzerns in Nicaragua, Humberto Hurtado bestätigte, soll die Zahlung in den nächsten Wochen geschehen.

Quelle: <https://amerika21.de>, 31.12.2014

Streik bei VW Brasilien: 20 000 blockieren Autobahn

800 Entlassungen sprach VW Ende 2014 für das Werk von São Bernardo do Campo aus. Die Entlassenen erhielten die Kündigung per Brief in den Weihnachtsferien. Darauf beschlossen am ersten Arbeitstag des neuen Jahres, am 6. Januar, alle drei Schichten nahezu einstimmig den Streik. 13 000 Metaller legten die Arbeit nieder. Die Unternehmensleitung hat bereits angekündigt, bis zu 1300 weitere Kol-

legen entlassen zu wollen. VW hatte gerichtlich ein Verbot gewerkschaftlicher Versammlungen auf „seinem“ Gelände beantragt. Nach vier Tagen Streik verschärfte das Unternehmen seine Entlassungsoffensive. Daraufhin wurde am 12. Januar die wichtigste Autobahn des Großraumes São Paulo fast vier Stunden faktisch blockiert: Die Kundgebung, zu der die Metallgewerkschaft der ABC Region aufrief, hatte 20 000 Teilnehmer. Da Volkswagen São Bernardo, gegen den sich der Protest vor allem richtete, „nur“ 13 000 Beschäftigte hat, zeigt die Zahl, dass es sich um eine massive gemeinsame Aktion handelte. Die Belegschaften von VW, Mercedes, Ford, Karman Ghia, Mahle, Sogefi und Samot beteiligten sich. Nach der Massenkundgebung auf der Autobahn hat sich die Unternehmensleitung von VW bereit erklärt, Verhandlungen mit der Gewerkschaft über ihre Entlassungspläne wieder aufzunehmen.

Quelle: <http://www.smabc.org.br>, 14.1./15.1.2015

Brasilien: Streiks bei Mercedes in São Paulo

Ebenso wie VW sollen auch bei Mercedes Benz 250 Beschäftigte entlassen werden. Dagegen traten am 7. Januar 4 000 Beschäftigte für 24 Stunden in den Warnstreik, über dessen Fortführung eine Vollversammlung „in den nächsten Tagen“ entscheiden soll. Bei Daimler São Paulo (bzw. SBC) gibt es rund 1000 Kollegen, die im zweiten Halbjahr 2014 beurlaubt waren, aus diesem Kreis wurde jetzt entlassen. Auch im Werk Juiz de Fora soll es aus dem Kreis von knapp 200 Beurlaubten Entlassungen geben. In beiden Fällen verstoßen die Unternehmen gegen (nach ihrer Ansicht ausgesetzte, nach

Ansicht der Gewerkschaft gültige) Betriebsvereinbarungen gegen Entlassungen. Die Gewerkschaften stießen auf den Belegschaftsversammlungen erneut die Debatte darum an, einen gesellschaftlich-politischen Modus zu finden, der verhindert, dass die Unternehmen jede konjunkturelle Schwankung auf die Belegschaften abwälzen können.

Quelle: <http://www.cnmeut.org.br>, 6.1.2015

Chile: Unternehmer gegen neues Arbeitsrecht

Chiles Präsidentin Michelle Bachelet hat einen Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsrechts im Parlament vorgelegt. Nach ihren Angaben soll das Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen und die Qualität und Produktivität der Arbeit steigern. Die zehn Punkte des Gesetzes beinhalten neben der Stärkung der Arbeitsrechte von Frauen und Jugendlichen insbesondere die Verhandlungsrechte von Arbeitnehmern. Streikende Arbeiter sollen nicht mehr durch arbeitswilliges Personal ersetzt werden dürfen. Außerdem werden die Gewerkschaften zu Hauptvertretern der Arbeitnehmer in kollektiven Verhandlungsprozessen ernannt. Vor allem dieser Punkt stieß auf Kritik in den Reihen der Opposition und bei den Arbeitgeberverbänden. Laut Andrés Santa Cruz, dem Präsidenten des Unternehmerverbandes CPC, würde die Reform nicht die Probleme der Arbeiter lösen, sondern nur die Führungen der Gewerkschaften stärken. Neun Monate nach Antritt ihrer zweiten Amtszeit steht Präsidentin Bachelet unter Zugzwang, positive Ergebnisse vorzulegen.

Quelle: <https://amerika21.de> 9.1.2015

Wahl in Tunesien

Am 1. Januar titelte die tunesische Tageszeitung „Le Temps“: „Die tunesische Ausnahme – Zum ersten Mal in unserer Geschichte und in der ganzen arabischen Welt fand eine friedliche Übergabe der Macht in die Hand eines direkt gewählten Präsidenten statt.“

Zuvor hatte sich Ende Dezember der 88-jährige säkulare Essebi mit 55,68 % gegen den gemäßigten islamistischen Übergangspräsidenten Marzouki (11,32 %) in einer Stichwahl durchgesetzt.

Im Oktober hatte die erste Parlamentswahl nach der tunesischen Revolution 2011 stattgefunden. Auch hier setzten sich die säkularen Parteien durch. Die Partei des neu gewählten Präsidenten Nida Tounes kam auf 38 % Prozent der Stimmen, weitere kleinere Parteien auf 13 %. Die gemäßigt islamistische Partei Ennahda erhielt



nur 28 % der Stimmen. Sie hatte 2011 bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung die Mehrheit der Abgeordneten gestellt. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 65 %.

Der starke tunesische Gewerkschaftsbund hatte gemeinsam mit dem Unternehmerverband und dem Menschenrechtsverein nach der Ermor-

dung zweier Oppositionspolitiker 2012 den Rücktritt der Übergangsregierung 2013 erzwungen und den Weg für die neue Verfassung, die Parlaments- und die Präsidentenwahl freigemacht. Bei beiden Wahlen zeigte sich, der ökonomisch starke Norden stimmt mehrheitlich säkular und wählte den neuen Präsidenten Essebsi. Nur in den strukturschwachen Gebieten des Landesinnern und Südens hatte der islamistische Bewerber Maszouki die Mehrheit.

Tunesien hat als einziges Land des sog. „arabischen Frühling“ eine bis jetzt positive Entwicklung genommen und ist nicht zerfallen in Stammens- und Religionskonflikte. Es zeigt sich, dass die tunesische Ausnahme u.a. seine Basis unter den Arbeitern der Industrie hat, die 32 % der Erwerbstätigen Tunesiens ausmachen. In der Landwirtschaft arbeiten 18 %. Der große Teil der landwirtschaftlichen Betriebe liegt auch im Norden Tunesiens. *rub*



50 000 fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP. Bauern und Verbraucher gehen vereint für eine Agrarwende auf die Straße

BERLIN. In Berlin gingen zum fünften Mal Bäuerinnen und Bauern, Imkerinnen und Imker zusammen mit Verbraucherinnen und Verbrauchern für eine grundlegend andere Agrarpolitik auf die Straße. Das Bündnis forderte von der Bundesregierung eine klare Absage an das EU-USA-Handelsabkommen TTIP, einen wirksamen gesetzlichen Schutz der Land- und Lebensmittelwirtschaft vor der Gentechnik sowie den sofortigen Stopp des weiteren Ausbaus von Mega-Ställen. Der Demonstrationzug mit rund 50 000 Teilnehmern vom Potsdamer Platz zum Bundeskanzleramt wurde von einem Fahrzeugkonvoi mit mehr als 90 Traktoren angeführt. Das „Wir haben es satt!“-Bündnis hat in den letzten Jahren viel erreicht: TTIP ist in aller Munde und 97 Prozent der Europäer lehnen mehr Macht für Konzerne ab. Bürgerinitiativen haben mit Hilfe des neuen Baugesetzes mehr als 100 Mega-Ställe verhindert. Gentechnik hat durch das Engagement einer breiten Bewegung auf unseren Äckern keinen Fuß gefasst. Doch dies sind nur die Anfänge einer dringend notwendigen Agrarwende für eine Zukunft der Landwirtschaft in bäuerlicher Hand mit Rückhalt in der Gesellschaft. „Das EU-USA-Handelsabkommen (TTIP) dient einseitig global agierenden Konzernen und wird vielen bäuerlichen Betrieben hier und weltweit die Existenzgrundlage entziehen. Gleichzeitig drohen die Verbraucherstandards gesenkt zu werden“, sagte Jochen Fritz, Sprecher des „Wir haben es satt!“-Bündnisses. „Das heißt mehr Gentechnik im Trog und Hormonfleisch durch die Hintertür. Deswegen fordern wir von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel TTIP zu stoppen!“ Die Agrarpolitik der Bundesregierung wird von den Veranstaltern scharf kritisiert. Sie habe dazu beigetragen, dass beispielsweise seit dem Jahr 2000

mehr als Dreiviertel der SchweinehalterInnen aufgegeben haben, während Fleischkonzerne zunehmend die Tierhaltung übernehmen. Trotz eines Selbstversorgungsgrades mit Fleisch von 120 Prozent würden weiter Mega-Ställe in Deutschland genehmigt. „Die Strategie, die Produktion immer weiter auszudehnen, was zu Dumping-Exporten auf dem Weltmarkt führt, ist gescheitert. Die Landwirtschaft in Deutschland braucht eine Zukunft jenseits von Tierfabriken und Mega-Schlachthöfen“, so Fritz. „Wenn die Bundesregierung jetzt nicht handelt, zementiert sich eine agrarindustrielle Struktur, die nicht mehr veränderbar ist. Die Zukunft liegt in der Ernährungssouveränität auf Basis regionaler Märkte.“ <http://www.bund.net>

Rückblick auf rechtsextreme Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern

KÖLN. Das Jahr 2014 hielt viele Erfolge, aber auch neue Herausforderungen bereit. Große Aufmerksamkeit erhielten die neuen Bewegungen HoGeSa und PeGiDa und ihre lokalen Ableger. Tausende von Menschen schlossen sich den rassistischen Demonstrationen in bürgerlichem Gewand an. Auch die Hetze und gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge waren Schwerpunkt dieses Jahres. Nicht zuletzt hat die Welle antisemitischer Parolen und Gewalt besonders in diesem Jahr wieder die Republik erschüttert. Doch was geschah in den einzelnen Bundesländern? Welche Entwicklungen bahnen sich an? Und welche Gefahren werden uns noch in nächster Zeit beschäftigen? Unser Portal Netz gegen Nazis schaut noch einmal genauer hin – und hat seine Partnerprojekte in den Ländern um einen Rückblick gebeten. Die Übersichten über die Bundesländer im Einzelnen unter:

www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/jahresrueckblick-2014/

Atommüll-Export verschiebt das Problem, aber löst es nicht

Statt über Risikoverlagerung ins Ausland nachzudenken, sollte EnBW die Atommüll-Produktion besser heute als morgen stoppen. Zum Verstoß von Heinz Seiffert, Chef des EnBW-Miteigentümers Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OE), Atommüll ins Ausland zu bringen, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Wer den Atommüll-Export gutheißt, der will die strahlenden Gefahren den Menschen in anderen Ländern aufbürden, um selbst mit weißer Weste dazustehen. Der Export verschiebt das Problem, aber löst es nicht. Seiffert liegt falsch, wenn er von einem Weltmarkt für Atommüll-Lagerung spricht. Weltweit gibt es bisher nirgends ein sogenanntes Endlager für hochradioaktiven Müll. Seiffert sollte sich lieber dafür einsetzen, dass die EnBW ihre zwei laufenden Atomkraftwerke in Philippsburg und Neckarwestheim schon jetzt abschaltet, damit nicht weiterhin gefährlicher Atommüll produziert wird, für den es nirgendwo eine auf Dauer sichere Lagerung gibt.“

www.ausgestrahlt.de

Initiative „Starke Kommunen“: Gemeinden ins Zentrum der Demokratie rücken

BERLIN. Die Initiative „Starke Kommunen“ ist ein parteiübergreifendes Bündnis von Kommunalpolitiker/innen sowie Vertreter/innen aus Wissenschaft, Verbänden, Einrichtungen und Organisationen. Sie wollen die Kommunen politisch stärken, denn dort müssen viele Entscheidungen umgesetzt werden, dort wird Politik für die Menschen erlebbar und gestaltbar. Initiiert wurde „Starke Kommunen“ von Mehr Demokratie. Die Initiative „Starke Kommunen“ setzt sich zum Ziel, die politische Rolle der Kommunen in Deutschland zu stärken und die finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene zu verbessern. Angestoßen wurde die Initiative von Karl-Martin Hentschel, Bundesvorstandsmitglied von Mehr Demokratie. Er stellt fest: „Wir werden bewegt von der Überzeugung, dass eine stärkere dezentrale Entscheidungsfindung durch die Bevölkerung zur Stärkung der Demokratie beiträgt.“ ...

Anlass für die Initiative ist der Koalitionsvertrag der großen Koalition von 2013. Dort wurde die Bildung einer Kommission beschlossen, um die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen neu zu ordnen. Die Initiative setzt sich für folgende Ziele ein: In die Kommission zur Neuordnung der Finanzbeziehungen sollen Vertreter/innen aus Kommunen und Länderparlamenten gleichberechtigt berufen werden.

Eine Stärkung der Kommunen durch die Übertragung von Aufgaben. Damit verbunden eine deutliche finanzielle Stärkung der Kommunen. Eine Reduzierung der Mischfinanzierungen. Die Kommunen sollen grundsätzlich eigenständig über die Höhe ihrer Steuereinnahmen entscheiden können. Mehreinnahmen und Mindereinnahmen aufgrund von Entscheidungen der Kommunen sollen sich nicht auf den Finanzausgleich auswirken.

http://www.mehr-demokratie.de/initiative_starke_kommunen.html

Arbeitslosigkeit behinderter Menschen steigt

BERLIN. Die allgemeinen Arbeitslosenzahlen gingen 2014 zurück, während sie bei schwerbehinderten Menschen stiegen. Die Schere am Arbeitsmarkt öffnet sich damit immer weiter. Denn der Anteil schwerbehinderter Menschen an der Gesamtarbeitslosigkeit stieg im Vergleich zum Vorjahr auf jetzt 6,4 Prozent. Deshalb muss die Bundesregierung endlich handeln und gegensteuern. Insbesondere eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für die Unternehmen, die keinen einzigen behinderten Menschen beschäftigen, ist überfällig. Dann könnte der Trend auch für behinderte Arbeitslose positiv verlaufen. Studien belegen, dass Arbeitslose mit einer Behinderung in der Regel sogar besser qualifiziert sind als nichtbehinderte. www.presseportal.de

Lassen Sozialdemokraten die „Rente für Gefangene“ scheitern?

KÖLN. Am 18. Dezember 2014 wird der Deutsche Bundestag u.a. über die Einbeziehung der arbeitenden Gefangenen in die Rentenversicherung entscheiden. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion „Die Linke“ vorgelegt (BT-Drs. 18/2606). Der Antrag geht auch zurück auf eine Petitions-Initiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Die entsprechende Forderung wurde von über 5.770 Personen, darunter über 3.420 betroffenen Gefangenen aus 65 verschiedenen Justizvollzugsanstalten, sowie von nahezu allen bundesweit tätigen Organisationen der Gefangenenhilfe unterzeichnet. Der Petitionsausschuss hatte im April dieses Jahres die Forderungen an die Bundes- und die Landesregierungen weitergeleitet. Bereits vor 37 Jahren wurde im damals neuen Strafvollzugsgesetz von 1977 die Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherungen verbindlich vorgesehen (§§ 190ff StVollzG). Nur ist das entsprechende Bundesgesetz nie erlassen worden. Bis heute wird versucht, die sonderrechtliche Stellung der Gefangenenarbeit sowie finanzielle Gründe der Bundesländer als Gegenargumente

geltend zu machen. Inzwischen hat der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales seine ablehnende Haltung (gegen die Stimmen der Linken und der Grünen) erneut deutlich gemacht (BT-Drs. 18/2784). Aus Sicht von Menschenrechts- und Gefangenenhilfsorganisationen ist die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung eine notwendige Konsequenz aus dem Gleichheits- und Sozialstaatsprinzip: Prinzipien mit Verfassungsrang! Auch die Würde der arbeitenden Gefangenen wird durch die Exklusion aus den Sozialversicherungssystemen schwer verletzt. Der Ausschluss, der einer Zusatzbestrafung gleichkommt, widerspricht zudem den Forderungen des Strafvollzugsgesetzes nach Resozialisierung und Angleichung der Lebensverhältnisse.

www.grundrechtekomitee.de

Neue Expertise zu Hartz IV: Paritätischer fordert 485 Euro Regelsatz

BERLIN. Als völlig unzureichend kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV zum 1.1.2015 um lediglich acht Euro von 391 auf 399 Euro. Der Regelsatz sei „mutwillig kleingerechnet“ und erfülle nach wie vor nicht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, das zuletzt im Juli 2014 deutliche Nachbesserungen bei der Bedarfsermittlung gefordert hatte. Nach eigenen Berechnungen des Paritätischen sei eine Erhöhung des Regelsatzes um 24 Prozent auf 485 Euro notwendig, um das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern.

„Angesichts der Armut der Menschen in Hartz IV und in der Altersgrundsicherung ist die Erhöhung des Regelsatzes um gerade einmal zwei Prozent geradezu lächerlich gering“, klagt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Mit dieser Erhöhung wird Armut nicht bekämpft, sondern zementiert.“ Bereits bei der Berechnung der Regelsätze für 2011 sei getrickelt und manipulativ in die Statistik eingegriffen worden, um den Regelsatz „kleinzurechnen“ und das Hartz-IV-Niveau möglichst niedrig zu halten. Die geringe Erhöhung in 2015 sei nichts anderes als die bloße Fortschreibung dieser Willkür. Nach einer Expertise des Paritätischen müsste der Regelsatz eigentlich um 24 Prozent auf 485 Euro angehoben werden, wenn die Bundesregierung das selbstgewählte Statistikmodell konsequent anwenden würde und sie den Mindestbedarf der Leistungsbezieher in Hartz IV, Sozialhilfe und Altersgrundsicherung wirklich decken wollte. Bei seinen Berechnungen bezieht sich der Verband wie die Bundesregierung auf die so genannte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, berücksichtigt dabei aber u.a. konsequent die regelsatzspezifische Preisentwicklung. Der Verband fordert

die Bundesregierung auf, insbesondere zügig für deutliche Verbesserungen bei der Übernahme der Kosten für Haushaltstrom und Verkehr zu sorgen sowie wieder einen Rechtspruch auf einmalige Leistungen, etwa für Möbel und Hausrat, in Hartz IV zu verankern. Es sei nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung auf entsprechende Aufforderungen des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli 2014 noch immer nicht reagiert habe. „Wenn es um das Existenzminimum geht, und wenn Menschen in Armut leben, darf man Probleme nicht auf die lange Bank schieben. Man hätte zumindest erst einmal die Pauschalen für diese Ausgabenpositionen anheben können, um im Sinne des Bundesverfassungsgerichtes zu handeln und für die Menschen erste Abhilfe zu schaffen“, mahnt Schneider an.

www.der-paritaetische.de

Bundeshaushalt 2015 – Zielmarke 0,7 klar verfehlt

BERLIN. Der Bundeshaushalt 2015, der heute verabschiedet wird, sieht nur eine minimale Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit vor. Deutschland verfehlt damit klar das Ziel, 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. „Die 0,7 Marke wird wieder gerissen. Das ist angesichts der von der Regierung gegebenen Versprechen und vor allem angesichts der weltweiten Katastrophen ein Skandal“, sagte Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. „Zur Umsetzung der ambitionierten Ziele der Zukunftscharta müssen mehr Mittel bereitgestellt werden“, so Bornhorst weiter. Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller hatte erst am Montag die von ihm initiierte Zukunftscharta an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übergeben. Die Charta gibt Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und gerechte Welt und bezeichnet sich eindeutig zum 0,7 Prozent-Ziel. „Die Bundeskanzlerin hat sich die Zukunftscharta zu eigen gemacht. Jetzt muss sie auch für die notwendigen Mittel sorgen, um diese zu verwirklichen.“ Andernfalls seien die Zukunftscharta und die darin gemachten Bekenntnisse unglaubwürdig, so Bornhorst. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit steigen 2015 um 64 Millionen Euro, das ist ein Prozent des BMZ-Gesamtetats. Mit einem Anteil von zuletzt 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens bleibt der deutsche Beitrag damit deutlich unter der für das Jahr 2015 versprochenen Zielsetzung. Erfreulich ist, dass zumindest die Haushaltsmittel für die Not- und Übergangshilfe um 60 Millionen Euro erhöht und für humanitäre Hilfe auf 400 Millionen Euro festgesetzt wurden.

venro.org



Köln stellt sich mehrfach quer

Der Streit in der Pegida-NRW eskalierte Anfang Januar. Kurzer Hand distanzierte sie sich von ihren örtlichen Ablegern Dügida (Düsseldorf), Bogida (Bonn) und Kögida (Köln). Was war passiert?

Anfang Oktober formierte sich in Dresden die Pegida-Bewegung¹ u.a. in Reaktion der Angriffe von IS-Anhängern auf Kurden. Am 26. Oktober fand in Köln eine brutale und gewalttätige Demonstration von Hooligans und Neonazis mit der Bezeichnung Hoge-sa statt. 5 000 gewaltbereite Anhänger legten die Stadt lahm.²

Die Pegida-Demonstrationen in Dresden verliefen dagegen friedlich. Dumpfe Islamfeindlichkeit, reaktionäre, rassistische und rechtsextreme Parolen prägen das Bild bis heute. Mit Worten

aus der NS-Zeit (Lügenpresse) wird gespielt, die Demagogie ist vielfältig.

Extrem rechte Kräfte in den alten Bundesländern nutzten Ende letzten Jahres diese Entwicklung und gründeten landesweite und örtliche Pegida-Gruppen. Im ganzen Bundesgebiet formierte sich Protest gegen deren Aktivitäten. Antifa-Bündnisse wurden aktiv und schauten sich die örtlichen Veranstalter genau an: Anders als die Pegida-Bewegung in Dresden sind örtliche Gruppen in den alten Bundesländern zumeist von rechtsextremen

Gruppen unterwandert und in NRW im festen Griff von pro nrw.

Kölner auf den Beinen gegen Rechts

Am 14. Dezember 2014 veranstalteten die Kölner Künstler um „Arsch huh“ ein großes Konzert in der Kölner Innenstadt als Gegenreaktion auf die gewalttätigen Ausschreitungen der Hoge-sa im Oktober. 15 000 Leute kamen. Gleichzeitig war dies auch eine positive Antwort auf die islamfeindlichen Demonstrationen der Pegida-Bewegung. In Bonn und Düsseldorf veranstalteten örtliche Pegida-Gruppen erste Kundgebungen. Als kurz vor Weihnachten bekannt wurde, dass auch ein Kölner Ableger von Pegida für den 5. Januar 2015 zu einem „Spaziergang“ aufrief, wurden die örtlichen Bündnisse gegen Rechts aktiv. Gemeinsam, aber mit unterschiedlichen Aktionen zwischen Protest und Blockieren wurde mobilisiert.

Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ schaltete zwischen den Feiertagen eine Facebook-Seite, die von 5000 Leute geliked wurde.³ Mit einer gemeinsamen, gut besuchten Pressekonferenz wurde dann die Öffentlichkeit nach den Feiertagen mobilisiert. Weit über 10 000 Personen kamen zu den Protestaktionen. Der Deutzer Bahnhof war eingeschlossen, es bewegte sich nichts. Kögida konnte nicht laufen. Die Veranstaltung wurde nach einer Stunde abgebrochen. Ca. 500 Personen waren gekommen, viele aus dem Umland fuhren frustriert nach Hause. Die zwei Antifa-Bündnisse dagegen zogen über die Deutzer Bräu-

Navid Kermani: Rede bei der Trauerkundgebung für die Opfer der Pariser Anschläge auf dem Kölner Appellhofplatz, 14. Januar 2015

„Allein, Freiheit und Gleichheit sind noch nicht das ganze Erbe der französischen Revolution. Die letzten Tage haben uns daran erinnert, dass wir bei allen politischen Rechten und gesetzlichen Regeln immer auch das Moment der Brüderlichkeit im Blick haben müssen, der Empathie, des Einstehens für den Schwächeren, der Gastfreundschaft gegenüber dem Fremden, der Solidarität mit dem Verfolgten. Das war der entscheidende zivilisatorische Durchbruch, der 1789 sicher noch nicht gelungen, aber doch begonnen wurde, die Übertragung des biblischen Gebotes der Nächstenliebe auf die gesellschaftliche Wirklichkeit: Nicht wir Franzosen und wir Deutschen, nicht wir Weißen über den Schwarzen, nicht wir Einheimischen über den Fremden, nicht die Männer über den Frauen, nicht wir Adligen und wir Bürger, nicht wir Kapitalisten und wir Arbeiter, nicht wir Christen, wir Juden und wir Muslime, nicht wir Europäer, wir

Asiaten und wir Afrikaner – nein, wir Menschen. ...

Wir wehren uns, ja – und wir hätten uns schon viel früher wehren müssen. Denn die letzte Woche hat nicht nur eine unglaubliche Solidarität gezeigt – sie hat uns auch alle daran erinnert, dass Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit weder selbstverständlich noch kostenlos sind, dass wir immer wieder neu für sie eintreten, für sie kämpfen und sie notfalls sogar mit unserem Leben verteidigen müssen. Der Kampf gegen Unfreiheit und Gewalt findet nicht nur in Kobane oder Aleppo statt, nicht nur am 11. September 2001 in New York oder am 7. Januar 2015 in Paris. Wir müssen für die Ideale der Gerechtigkeit, der Friedfertigkeit und der Toleranz jeden Tag eintreten, im Alltag, im eigenen Bekanntenkreis,

am Arbeitsplatz oder in der Schule, in den Parteien, Gewerkschaften, Vereinen oder religiösen Gemeinden, und auch – das schätzen viele von uns leider zu gering – an den Wahlurnen, ganz besonders bei der gemeinsamen europäischen Wahl. Die letzte Woche hat uns daran erinnert, daß Europa zwischen Nationalisten hier und religiösen Extremisten dort zerrieben werden könnte, deren Hass sich gegenseitig hochschauelt.“



cke in die Innenstadt. Die Stadtgesellschaft war erfreut. Alles gut gelaufen. Kögida erklärte am nächsten Tag, nicht weiter in Köln zu demonstrieren.

Die Kölner waren erleichtert. Leider kam es anders: Nach den Morden in Paris übernahm die extrem rechte Gruppe pro Köln Kögida und erklärte kurzer Hand, man werde jetzt – zumindest bis Ende Februar – immer am Mittwoch statt am Montag demonstrieren.

Wir sind Charlie. Für Freiheit und Vielfalt!

Mit dieser Losung mobilisierte „Köln stellt sich quer“ nicht nur gegen den Kögida-Aufmarsch am 14. Januar in der Kölner Innenstadt, sondern rief zu einer Trauerkundgebung mit einem anschließenden Mahngang wegen Todesopfer in Paris auf. Dem Bündnis war klar, dass man inhaltliche Zeichen setzen muss, und lud den Schriftsteller Dr. Navid Kermani als einzigen Redner zur Kundgebung ein.⁴ Die Rede war aufrührend. Die Forderungen der Französischen Revolution für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ziehen sich durch die ganze Rede und sind für Kermani ein Schlüssel für das Engagement jedes Einzelnen.

Beindruckender als die FAZ-Redakteur Rossmann kann man es kaum schreiben: „Kermani spricht auf einem Platz, der einmal einer der dunkelsten Orte unsrer Stadt war, vor den Türen des EL-DE-Hauses, einst Sitz der Gestapo, die in den Kellern gefoltert und gemordet hat, und heute Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum ist. Und während im Hintergrund Martinshörner heulen und Blaulicht rotiert, weil gerade mal hundertfünfzig Pegida-Anhänger, aufgemischt von gewaltbereiten Hooligans, durch die Straßen stapfen und die halbe Innenstadt lahmlegen, gelingt es ihm, indem er die 6500 Gegendemonstranten in gespannter, konzentrierter Aufmerksamkeit hält, den finsternen Platz zum Leuchten zu bringen.“⁵ Jörg Detjen

1 www.wikipedia.org/wiki/Patriotische_Europ%C3%A4er_gegen_die_Islamisierung_des_Abendlandes#Entstehung

2 Politische Berichte Nr. 12/2014

3 www.facebook.com/pages/K%C3%B6ln-stellt-sich-quer/606158276180923?ref=hl

4 www.navidkermani.de/media/raw/Charlie-Cologne.pdf

5 www.faz.net/aktuell/feuilleton/muslimischer-gelehrter-navid-kermani-ueber-pariser-anschlaege-13372294.html



Mehr als 4000 Menschen haben am vergangenen Samstag in Essen gegen einen abgesagten „Hooligans gegen Salafisten“-Aufmarsch demonstriert. Das war die größte Demonstration in Essen seit langem. Ein breites gesellschaftliches Bündnis hatte unter dem Motto „Essen stellt sich quer“ dazu aufgerufen. „Wann gab es das schon einmal, dass Christen, Muslime, Juden, Atheisten, Sportler, Musiker, Künstler, Flüchtlinge, Migranten, Gewerkschafter, Vertreter von Unternehmensverbänden und fast allen Ratsparteien an einem Strang ziehen“, fragte sich nicht nur Demoleiter Wolfgang Freye. Besonders wichtig war die eindeutige Haltung der Sportvereine und der Vereinsspitze des Fußballvereins RWE (Rot-Weiss-Essen). Diese überaus breite gesellschaftliche Gegenwehr hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass die HoGeSa-Ver-

antwortlichen gegen das Verbot ihres Aufmarsches durch die Polizei keine Rechtsmittel eingelegt haben. Trotzdem musste die Polizei im Umfeld der Demonstration 88 Platzverweise gegen mutmaßliche zum Teil mit Baseballschlägern bewaffnete Hooligans aussprechen. Es blieb aber insgesamt friedlich. Thorsten Jannoff

Mannheim, Manifestation gegen Mordanschläge in Paris

Beeindruckend, aber auch zwiespältig

Es war beeindruckend, wie Millionen von Menschen in Paris und in vielen anderen Städten ihren Schmerz zum Ausdruck brachten und ein Zeichen setzten für Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und religiöse Vielfalt. Das war auch in Mannheim der Fall, wo die Deutsch-Französische Vereinigung Rhein-Neckar e.V. zu einer Veranstaltung vor dem Rosengarten eingeladen hatte. Dort sprachen der OB, der Honorarkonsul der Französischen Republik, MdEP Simon (SPD), MdB Schick (Grüne), die Gemeinderäte Kranz (CDU), Weizel (ML) und Trüper (Linke) sowie eine Vertreterin der französischen Gemeinde in Heidelberg.

Und doch haben diese Manifestationen auch etwas Zwiespältiges und Bedrückendes. Die Reden bewegten sich fast alle in einem Rahmen „Angriff auf die Grundwerte der Demokratie muss abgewehrt werden – Punkt aus – kritische Zwischentöne oder Nachfragen haben zu unterbleiben“.

In Mannheim wollten einige der über 1000 Menschen vor dem Rosengarten, die fünfminütige Rede von dem linken Stadtrat Thomas Trüper nicht hören und haben ihrem Unmut lautstark freien Lauf gelassen. Dass es keine „parteiliche Rede“, wie der Veranstalter und später der „Mannheimer Morgen“ behaupten, kann der/die geneigte LeserIn selbst feststellen.

Deshalb haben wir die Rede von Thomas Trüper dokumentiert.

(scr, aus Kommunal-Info Mannheim)

Rede von Thomas Trüper, Sprecher Die Linke Mannheim, Stadtrat

Sehr geehrte Damen und Herren, das Massaker von Paris, dessen Opfer wir heute gedenken, wird zu Recht vor allem als Gewaltverbrechen gegen die Pressefreiheit aufgefasst. Die Pressefreiheit ist eine wesentliche Errungenschaft der Demokratie und ein wesentliches Freiheitsrecht.

Aber das Verbrechen hatte – offenbar gut koordiniert – zwei Schauplätze: Charlie hebdo und einen jüdischen Supermarkt, und gestern gab es noch einen Anschlag auf eine Synagoge in Paris. Damit wird noch deutlicher, um was es den Tätern ging.

70 Jahre nach Ende des letzten in Mitteleuropa geführten Kriege müssen wir zur Kenntnis nehmen: Europa ist an seinen Außengrenzen an vielen Kriegen aktiv beteiligt. Aber Ausläufer dieser Kriege brechen immer wieder ins Herz unserer Gesellschaften ein. Kriege brutalisieren Menschen. Das konnte man vor hundert Jahren erstmals als Massenphänomen beobachten. Und auch das konnte man vor hundert Jahren schon beobachten: Kriege verwirren die Hirne, die Auffassungen und Wahrnehmungen der Menschen. Sie setzen Fanatismus voraus und produzieren Fanatismus.

Wenn wir solche Entwicklungen aktuell stoppen wollen, müssen wir den Fanatismus austrocknen, ihm seine Entwicklungsräume und Resonanzkörper entziehen. Dazu gehört eine

Migrationspolitik, die nicht Tausende in die Sackgasse führt. Darüber, wie Kriege beispielsweise in Afrika und Nahost beendet werden können, die zur Auflösung ganzer Staaten geführt haben, gibt es großen Streit in den westlichen Zivilgesellschaften. Aber wir müssen diesen Streit weiterführen; denn bisher hat sich die Lage nur verschärft.

Wir sind alle vereint im Schmerz und in der Wut über die Blutdaten. Deswegen stehen wir hier. Und wir sind sicherlich auch vereint in dem Willen, die Errungenschaften der Demokratie nicht zerstören zu lassen. Wir dürfen sie aber auch im Kampf um die Erhaltung der Demokratie und des inneren Friedens nicht selbst zerstören. Zu letzterem bedarf es noch vieler Diskussionen.

Nicht nur Kriege desorientieren und brutalisieren Menschen. Auch die internationale Verflochtenheit unserer Wirtschaften desorientiert viele Menschen. Dass unsere Wirtschaften mehr

Rohstoffe verbrauchen als sie haben und mehr Waren produzieren als sie konsumieren, nach mehr und billigeren Arbeitskräften verlangen als vorhanden, dass es eine Migration von Waren, Kapital und Menschen gibt, wird von vielen Menschen als Unordnung empfunden. Sie suchen nach einfachsten Erklärungen und greifen nach ethnischen oder religiös verbrämten Ordnungssystemen, die ihnen von Scharlatanen und Fanatikern geboten werden. Die „Ausländerraus“-Parolen, die Verherrlichung eines voraufklärerischen „Abendlandes“, die Verfolgung drakonischer – meist selbst erlassener – angeblich religiöser Ordnungsregeln: all dies ist aus einem Holz geschnitzt. Das gilt für die angeblichen Gotteskämpfer auf der einen Seite und die Ausländerjäger auf der anderen Seite.

[Die Verdrehung tatsächlicher sozialer, wirtschaftlicher und machtpolitischer Konflikte in angeblich religiöse oder völkisch-ethnische Konflikte ist ein wesentlicher Kern ihrer Hetze.

Lasst uns über solche Konflikte weiterhin offen reden und auf friedliche Art Lösungen und Interessenausgleich suchen. Und wir finden ja auch auf unterer Ebene Lösungen und setzen sie um. Verweigern wir uns aber den verdrehten angeblich religiösen und ethnisch-völkischen Debatten.

Marie Le Pen sagte nach den Massakern: „Keep Calm and Vote Le Pen!“ (Klammer auf: Wir regeln das dann schon nach unseren Methoden.) Wir sagen auch in Deutschland: Nein – wir bleiben nicht ruhig. Wir empören uns.]

Wir stehen zusammen in der Verteidigung von Demokratie und Freiheitsrechten, von Menschenrechten, und wir stehen ein für soziale Gerechtigkeit, internationale Verständigung und Frieden!

Anmerkung: Die in eckigen Klammern stehenden Abschnitte wurden aufgrund der Unruhe und Missfallensäußerungen eines Teils der Versammlung – beginnend etwa ab der zweiten Hälfte des Beitrags – nicht mehr vorgetragen.

München: Pegida kann nicht übertragen werden, *gida bleibt randständig

Unter erbitterter Gegenwehr eines kleinen Kreises von Antifaschisten sammelte eine antiislamische Initiative um Stürzenberger, Frontmann der „Freiheit“ im letzten Jahr über 30.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen Moscheebauvorhaben. Der Stadtrat der Landeshauptstadt lehnte die Durchführung als Diskriminierung und Angriff auf die Religionsfreiheit ab. Das Schlagwort der Islamisierung war in der rechten Kampagne bereits präsent. Als die Dresdener Pegida-Damos anliefen, war München gewarnt. Bereits vor Weihnachten, noch bevor die *gida-Kampagne in München startete, zeigte sich in einer ersten Kundgebung auf dem Platz vor der Oper ein breites Bündnis unter Beteiligung von mehr als Zehntausend. Am Montag nach den Pariser Verbrechen startete Bagida. Unter starkem Polizeischutz fanden sich etwa 1.500 mit Redner, Parolen und Transparenten und versuchten in der Wendeschleife der Straßenbahn am Sendlinger Torplatz sich unter bayerischen und deutschnationalen Symbolen zum Retter der bedrohten Heimat zu stilisieren.

Direkt daneben, durch Gleisanlagen, Sperreinrichtungen und starke Polizeiaufgebote getrennt, fanden sich wohl deutlich über 20.000 Menschen zu einer auch inhaltlich beeindruckenden Kundgebung ein. Die kommunale Selbstverwaltung, vertreten durch den Oberbürgermeister, die Kulturszene und Vertreter der Bekenntnisgemeinschaften, der Muslime, der katholischen und der evangelischen Kirche und der jüdischen Gemeinde, sprachen aus, dass Zusammenleben über die Grenzen von Bekenntnissen und

Parteimeinungen nicht immer einfach ist, aber gelingt. Hier zeigte sich eine Kultur zivilen und produktiven Umgangs mit Differenzen im Entstehen, ein Lebensstil, der auch zu der beeindruckenden Willkommenskultur passt, die sich angesichts des Flüchtlingselends entwickelt. Angesichts der Potentiale von Fremdenfeindlichkeit und leitkultureller Herrschaftsucht ein wirksames Kontrastprogramm. Auch letzten Montag sammelten sich etwa Zehntausend gegen eine langsam auf den Nazi-Kern abschmelzende *gida-Kundgebung.

Wo liegt der Unterschied zwischen Pegida und *, z.B. „Ba“ (für Bayern) gida? Die sperrige Bezeichnung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ liefert einen Anhaltspunkt. Anders als der „Freie Westen“, der den nordatlantischen Kultur- und Wirtschaftsraum umspannt, meint „Abendland“ das „alte Europa“ in Unterscheidung zum „Morgenland“. Amerika, das es „besser hat“, wird als „Neue Welt“ angesprochen. Im Westen der Bundesrepublik, den alten Westzonen, war es nach der Niederlage der Nazis zu einem Traditionsbruch gekommen, zu einer kulturellen Adaptation der anglo-amerikanischen Massenkultur – Elvis, die Beatles, Hollywood, US-Krimis, Blue Jeans –, die von den Nachkriegsgenerationen vollzogen wurde. Die Ablehnungsfront aus alten Nazis, Nationalisten, Klerikalen wurde aufgegeben, politische und religiöse Organisationen, in denen sie sich zu sammeln versuchten, kamen nicht zu Breitenwirkung. Diese randständigen, von den tragenden Strömungen des Lebensgefühls und der öffentlichen Mei-

nung abgeschnittenen Organisationen bilden die Umgebung der Neonazis.

Im Privatleben wie im institutionellen Leben der alten BRD ist das Veralten von Nationalismus autoritär bestimmten Leben positiv konnotiert. Individualismus und Selbstbestimmung werden – wahrscheinlich mit gutem Gründen – nicht nur als persönliches Glück, sondern auch als Basis des Leistungsvermögens von Unternehmen und Organisationen begriffen. Kooperation der Verschiedenen und Einrichtungen zur Integration ermöglichen die Bewältigung von Störungen, die sich zwischen Alt und Neu, Wandel und Beharrung, Tendenzen zur Regression entwickeln, Konflikte, in denen sich vor allem die Parteien und die religiösen Verbände positionieren müssen.

Die *gidas im Westen bleiben als „Verteidiger der bedrohten Heimat“ (jedenfalls bis jetzt) randständig, weil, wenn man den belasteten Begriff der Heimat umgehen will, die Bürgerinnen und Bürger nachbarschaftlich leben wollen, ein Lebensgefühl, das sich in der beliebten Losung „Vielfalt statt Einfalt“ ausdrückt. Der damit verbundene Lebensstil ist reich an Chancen, er kann sich nur entwickeln, wenn Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur erfahren haben, dass es etwas bringt, das Fremde als Chance willkommen zu heißen. – Es liegt wohl auf der Hand, dass diese Erfahrung in den neuen Bundesländern nur von einem relativ kleineren Teil der Gesellschaft gemacht wird, und die Menge von Menschen, die nur den Verlust und die Bedrohung von Traditionen sehen, viel größer ist.

Martin Fochler

Olympia: Linke fordert Bau- stopp für die Elbphilharmonie des Sports.

HAMBURG.

Gegenwärtig macht der Senat Stimmung für Olympische Spiele in Hamburg, ohne die Bevölkerung zu beteiligen oder auch nur zu informieren. Die voraussichtlichen Kosten – die Linksfraktion schätzt mindestens 7,3 Milliarden Euro – sollen in der öffentlichen Diskussion offensichtlich keine Rolle spielen. Die Linke. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft kritisiert das Vorgehen des Senats scharf und hat einen Antrag eingebracht, der nächste Woche auf der Tagesordnung der Bürgerschaft steht. Darin fordert sie die Bürgerschaft auf, eine Olympiabewerbung zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen, da die notwendige Transparenz zu Chancen und Risiken nicht hergestellt wurde und kein positives Votum aus einem Volksentscheid vorliegt. Zudem wird der Senat aufgefordert, umgehend ein Gutachten zur Ermittlung der wahrscheinlichen Kosten für die Ausrichtung von Olympischen Spielen in Auftrag zu geben und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Zudem soll der Senat einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines Bürgerentscheides vorlegen. „Wir kritisieren die Hinhaltetaktik des Senats. Statt die Bürgerinnen umfassend über Kosten und die Folgen aufzuklären und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten noch vor der Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu eröffnen, soll nun der DOSB in der Vorauswahl allein entscheiden. Und das anhand von Meinungsumfragen“, erklärt Mehmet Yildiz, sportpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Dieses Übergehen des Bürgerwillens ist aus unserer Sicht inakzeptabel.“ Zudem tagte diese Bürgerschaft im Februar zum letzten Mal. „Damit ist klar, dass die Entscheidung vorbei am Parlament gefällt wird. Dies ist nicht in Ordnung und zeugt von einem seltsamen Demokratieverständnis. Deshalb sind umgehend alle Olympiapläne zu stoppen.“ ... <http://www.die-linke-hamburg.de>

Böses Erwachen nach Zockerei mit Schweizer Franken: Spekulationsgeschäfte mit Steuergeldern verursachen Millionenschaden. ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke sieht sich in ihrer Ablehnung riskanter Finanzgeschäfte, wie den Währungsgeschäften mit Schweizer Franken, bestätigt. Nach der Freigabe des Wechselkurses durch die Schweizer Zentralbank drohen der Stadt Essen Kursverluste in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. „Die damaligen Entscheidungsträger haben sich böse

verzockt“, äußert sich die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Allerdings wäre es mir lieber, wir als linke Fraktion hätten uns geirrt, als wir damals die spekulativen Schweizer-Franken-Geschäfte kritisiert haben. Jetzt zeigt sich abermals, wie auch bei den Cross-Border-Leasing-Geschäften, dass noch so große Ratsmehrheiten nicht automatisch die Weisheit für sich gepachtet haben. Während im Sozial-, Kultur- und im Sportbereich wegen des strikten Sparkurses jeder Cent dreimal umgedreht wird, werden durch diese Fehlspekulation Steuergelder in Millionenhöhe verbrannt.“ Die Ratsfraktion Die Linke hat sich gegen die Schweizer-Franken-Geschäfte ausgesprochen, weil Hellschere nicht möglich ist. Zwar konnte beim Abschluss dieser Geschäfte niemand die weltweite Finanzkrise 2008/2009 voraussehen und auch nicht deren Auswirkungen. Aber gerade deshalb verbieten sich solche Spekulationen mit Steuergeldern, die aus gutem Grund von den Bürgerinnen und Bürgern abgelehnt werden. „Wir fordern von Kämmerer Kliewe jetzt ein schlüssiges Handlungskonzept zum Ausstieg aus spekulativen Geschäften und dass diese in Zukunft unterbleiben“, so Gabriele Giesecke abschließend.

www.linksfraktion-essen.de

Strompreise der Stadtwerke müssen deutlich sinken:

BURGDORF. Vor dem Hintergrund deutlich fallender Einkaufspreise für Strom fordert Die Linke im Rat von den Stadtwerken Burgdorf, die fallenden Bezugspreise an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben. Ratsherr Michael Fleischmann hat hierzu einen Antrag in die nächste Ratssitzung eingebracht. Die Stadtwerke Burgdorf haben in den vergangenen Jahren immer wieder, zum Teil drastisch die Strompreise erhöht. Alles sei teurer geworden, hieß es immer wieder zur Begründung. Seit längerer Zeit sinken nun aber die Bezugskosten für die Stromversorger. So lag der Preis, zu dem sie sich den Strom an der Strombörse beschaffen können, gegen Jahresende bei rund 32 Euro pro Megawattstunde (MWh). Im Jahr 2012 waren es noch 50 Euro pro MWh. Auch die Belastung durch staatliche Abgaben erhöhte sich für die Stromanbieter kaum oder gar nicht. Mitte Oktober vergangenen Jahres gaben die Netzbetreiber gar bekannt, dass die EEG-Umlage, mit der die Ökostromreform bezahlt werden soll, erstmals seit ihrer Einführung vor 15 Jahren sinkt. All diese Fakten führen auch im laufenden Jahr zu niedrigeren Kosten für die Energieversorger. Nach Auffassung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen ist

deshalb eine Senkung der Kilowattstundenpreise um rund zwei Cent erforderlich. Doch die Stadtwerke Burgdorf haben bisher die sinkenden Kosten nicht an die Kundinnen und Kunden weitergegeben. „Das falsche Argument, der Strompreis der Stadtwerke sei seit 1. Januar 2013 konstant geblieben und müsse deshalb nicht sinken, zieht nicht, weil seitdem der Einkaufspreis deutlich gefallen ist“, betont Michael Fleischmann.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Bärgida erneut stecken geblieben.

BERLIN. Erneut versuchte der Berliner PEGIDA-Ableger unter dem Namen „BärGIDA“ gegen eine vermeintliche Islamisierung des Abendlandes zu demonstrieren. Eine bunte Gegendemonstration aus Parteien, Initiativen, Antifa-Gruppen und Einzelpersonen mit rund 5000 Teilnehmern stellte sich dem entgegen. Auch wir als Berliner Linke haben gegen Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass protestiert. Unsere Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak verschönernte die Straße Unter den Linden mit unserem bekannten „Flüchtlinge willkommen“-Transparent, welches sie gut sichtbar an ihrem Büro im Deutschen Bundestag befestigte. Auch das Bundestagsbüro von Jan van Aaken war hübsch verziert. Dank des Engagements der vielen Tausend Demokraten vor Ort war „BärGIDA“ gezwungen, nach 200 Metern Demonstration den Rückweg anzutreten – die geplante Marschroute wurde erfolgreich blockiert. Wir danken allen, die sich mit uns den Rechten in den Weg gestellt haben. Zeitgleich marschierten 300 Neonazis in Marzahn gegen die geplanten Flüchtlingsunterkünfte. Auch ihnen dürfen wir das nicht durchgehen lassen. <http://www.die-linke-berlin.de>

Fracking in der Karlsruher Region?

KARLSRUHE. In der deutschen Chemiebranche gibt es starke neue Bestrebungen, Fracking zu Förderung von Erdgas in Deutschland zu erproben bzw. anzuwenden. In der Region gibt es bereits einen aufmerksamen politischen Widerstand gegen das Fracking. Die Anfrage soll klären, ob Karlsruhe und die Region von neuen Gefahren durch neue Fracking-Ambitionen betroffen sind. Die Antwort der Stadtverwaltung wird voraussichtlich zur Gemeinderatssitzung am 3. Februar vorliegen. Anfrage an die Stadt Karlsruhe: Wo wird auf dem Gebiet des Stadt- und Landkreises Karlsruhe derzeit: a) Erdöl, b) Erdgas, durch welche Firmen gefördert? Gibt es, seit 2011, neue Anfragen oder Anträge von Firmen auf Erkundungen von Erdöl- oder Erdgasvorkommen

im Stadt- und Landkreis Karlsruhe? Wenn ja, von welchen Firmen für welche Orte? Wurden an die zuständigen Behörden seit 2011 Anfragen oder Anträge gestellt, die Fracking-Methode im Gebiet des Stadt- und Landkreises Karlsruhe anzuwenden? Wenn ja, von welchen Firmen für welche Orte? Gibt es seitens der Landesregierung Bestrebungen, in Baden-Württemberg das Fracking grundsätzlich zu verbieten? Wenn ja, auf welchem Stand sind diese Bestrebungen? Wenn nein, warum nicht? Welche grundsätzliche Haltung hat die Stadt Karlsruhe zur Fracking-Methode?

www.dielinke-ka.de/

Weltpolitik im Kreistag: SCHWEINFURT. Beschluss zu TTIP: Auf Antrag der Fraktion Die Linke hat der Kreistag einstimmig beschlossen, ganz offiziell Bedenken gegenüber dem geplanten transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP zu äußern. Im entsprechenden Beschluss fordert der Kreistag das EU-Parlament auf, TTIP „solange nicht zuzustimmen bis gesichert ist, dass die Wahrung der europäischen Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards sowie der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge nicht dadurch gefährdet werden können“. Wichtig ist den Kreispolitikern, dass die kommunale Daseinsvorsorge, vor allem in den nicht liberalisierten Bereichen (zum Beispiel öffentliche Wasserversorgung, Abfall, ÖPNV), vom derzeit verhandelten Freihandelsabkommen explizit ausgeschlossen wird. Linken-Kreisrat Wolfgang Gutgesell sagte, dass der Beschluss vor allem ein Meinungsbild abbilden solle. Ihm sei sehr wohl klar, dass die Entscheidungskompetenz über TTIP nicht beim Kreistag in Schweinfurt liege. Landrat Florian Töpfer wies das Gremium darauf hin, dass die kommunalen Spitzen sich aber sehr wohl über Stellungnahmen freuen, um die eigenen Positionen zu untermauern.

www.mainpost.de/regional/schweinfurt/
Weltpolitik-im-Kreistag;art763,8491521

Deutscher Städtetag: Vorbehalte gegenüber Muslimen abbauen! BERLIN. Der Deutsche Städtetag drängt darauf, stärker als bisher Vorbehalte gegenüber der muslimischen Bevölkerung abzubauen. Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly sagte der Neuen Osnabrücker Zeitung nach den Terroranschlägen von Paris: „Die überwältigende Mehrheit der Muslime in unserem Land will ein friedliches Zusammenleben und stützt die freiheitliche Demokratie.“ Vorbehalte gegenüber der muslimischen Bevölkerung könnten am besten durch gegenseitiges Kennen und Verstehen abgebaut werden. Maly nimmt an diesem Dienstag an der Deutschen Islamkonferenz in Berlin

teil. Die großen Trauerbekundungen nach den Terrorataten in Frankreich zeigen nach seinen Worten, „dass unsere Grundwerte menschlicher und demokratischer Gesellschaften in Europa durch Gewaltverbrecher nicht ins Wanken gebracht werden können“. Der Nürnberger Oberbürgermeister kündigte an, in diesem Sinne werde der Städtetag in der Islamkonferenz auch künftig für Maßnahmen werben, „die praktisch und nachhaltig das Miteinander in unserer Gesellschaft intensivieren“. Als Beispiel nannte Maly die Wohlfahrtspflege, die ein Schwerpunktthema der Islamkonferenz ist. Es müsse erörtert werden, ob die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bereits die sie betreffenden sozialen Dienstleistungen kennen und in Anspruch nehmen. Zu fragen sei auch, ob das große ehrenamtliche Engagement, das Muslime und ihre Organisationen derzeit für bedürftige Muslime erbringen, richtig und ausreichend gewürdigt werde. Maly kündigte an: „Bei solchen Fragen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch der Altenhilfe will sich der Deutsche Städtetag aktiv einbringen.“

www.staedtetag.de

Keine Feindbilder gegen Bettler aufbauen, stattdessen Hilfsangebote der Stadt ausbauen: ESSEN. Angesichts der jüngsten Berichterstattung über aggressives Betteln warnt die Ratsfraktion Die Linke davor Feindbilder aufzubauen. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke: „Der öffentliche Raum ist für alle da, auch für Bettler. Natürlich gehört aggressives Betteln im öffentlichen Raum nicht zu den akzeptablen Verhaltensweisen. Es ist deshalb verboten. Aber „normales“ Betteln ist nicht verboten. Bevor jetzt der Ruf nach mehr Repression ertönt, sollte darüber nachgedacht werden, wie die Stadt eine bessere Hilfestellung leisten kann, etwa durch den Einsatz von mehr Sozialarbeitern und einer größeren Unterstützung der karitativen Einrichtungen.“ Die Ratsfraktion Die Linke wird das zum Thema in den nächsten Fachausschüssen des Rates machen. Letztendlich geht es auch um eine Bekämpfung der Ursachen von Armut.

Gemeinsames Positionspapier veröffentlicht: Netzausbau braucht Akzeptanz: BERLIN. Die Energiewende bringt einen Umbau der Erzeugungslandschaft mit sich, der sich weiter beschleunigen wird: Im Jahr 2050 sollen nach den Zielen der Bundesregierung 80 Prozent des elektrischen Stroms in Deutschland aus regenerativen Quellen stammen. Dies führt dazu, dass immer größere Mengen erneuerbarer Energien in das Stromnetz eingebunden und im Falle zu-

nehmender Distanz zwischen Erzeugungsort und Verbrauchsstätte über lange Strecken transportiert werden müssen. Gelingen wird das nur durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Übertragungs- und der Verteilnetze. Die erfolgreiche Entwicklung einer zukunftsfähigen Strominfrastruktur liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Der Netzausbau wird nur im Zusammenwirken aller Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft gelingen. Neben verlässlichen politischen Rahmenbedingungen durch eine bedarfsgerechte und verlässliche Planung ist die Herstellung von Akzeptanz einer der Schlüsselfaktoren für den zügigen Netzausbau. Zur Schaffung der Akzeptanz halten die kommunalen Spitzenverbände und die Übertragungsnetzbetreiber eine frühzeitige und umfassende Information und den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung und Umsetzung von Netzbaumaßnahmen für unverzichtbar. Zu diesem aktuellen Thema veröffentlichen die kommunalen Spitzenverbände und die Übertragungsnetzbetreiber heute ein gemeinsames Positionspapier. Darin plädieren die Übertragungsnetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände für eine frühzeitige Einbindung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau und Umbau der Übertragungsnetze. Damit soll eine Verbesserung der Akzeptanz durch die Kommunen und ihre Bevölkerung erreicht werden. Transparente, umfassende Information und konkrete Dialogmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sind neben einer verlässlichen und bedarfsgerechten Planung entscheidende Bausteine für die Akzeptanz des Netzausbaus. Die Übertragungsnetzbetreiber wollen ihre Anstrengungen, Kommunen und Öffentlichkeit frühzeitig in die Planungen einzubinden, weiter entwickeln. Der Dialog dient dem Ziel, die Umsetzung von Netzbaumaßnahmen so verträglich wie möglich zu gestalten. Durch die gemeinsame Bereitschaft, sich aktiv im Dialog zu engagieren, können mögliche Konfliktpunkte erkannt und frühzeitig nach Lösungen gesucht werden. Übertragungsnetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände führen auch weiterhin einen Erfahrungsaustausch zur Umsetzung des Positionspapiers und Ausgestaltung des frühzeitigen Dialogs durch. Dabei werden auch im Rahmen des Netzausbaus auftretende Fragen und Konflikte erörtert, um bei Netzbauprojekten die Begleitung des Planungs- und Genehmigungsprozesses weiter verbessern und mögliche Konflikte besser bewältigen zu können.

www.landkreistag.de

(Zusammenstellung: ulj)

Kommunale Politik

Europäischer Arbeitsschutz: Fahrtziel Abstellgleis?

Anders als in den vorherigen Perioden hat die Europäische Kommission für den Zeitraum 2014 bis 2020 keine neue Strategie für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz veröffentlicht, sondern lediglich einen „strategischen Rahmen“. Dieser strategische Rahmen ordnet sich in die Aktionen rund um das Programm zur „Rechtsvereinfachung“ ein und könnte in der Folge eine Reihe Deregulierungsinitiativen einleiten. Er lässt aber vor allem keine Bereitschaft erkennen, für einen besseren Arbeitsschutz aktiv zu werden. Das Dokument ist allerdings auch hochgradig umstritten und könnte in den nächsten zwei Jahren noch erheblich verändert und verbessert werden.

Alles in allem kann der europäische Arbeitsschutz als eine Erfolgsgeschichte betrachtet werden, die nicht erst mit der Verabschiedung der Europäischen Rahmenrichtlinie 1989 begann. Relativ unbestritten ist aber auch, dass diese Geschichte inzwischen zu einem Ende gekommen, mindestens aber in ihrem Verlauf unterbrochen ist. Das lässt sich an mehreren Indikatoren ablesen: Seit Jahren sind zwei geplante EU-Richtlinien auf Eis gelegt, nämlich die so genannte Krebsrichtlinie und die Richtlinie zu Muskelskeletterkrankungen. Zudem hat sich die (alte) EU-Kommission lange darum herumgedrückt, eine neue Arbeitsschutzstrategie für den Zeitraum 2013 bis 2020 vorzulegen.

Mit einiger Hoffnung ist dann die Einsetzung der neuen Kommission begleitet worden, nicht zuletzt durch die Aussage des neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, das Soziale in Europa stärken zu wollen. Hinzu kommt, dass die zuständige Kommissarin Marianne Thyssen, eine belgische Christdemokratin, als tendenziell offen für Arbeitnehmerfragen gilt. Allerdings ist dies gewissermaßen eine Perspektive im Konjunktiv. Tatsächlich arbeitet die neue Kommission das REFIT Programm weiter ab, mit dem potentiell eine Kehrtwende des europäischen Arbeitsschutzrechts eingeleitet ist.

Im Jahr 2016 soll nun eine Evaluierung des gesamten europäischen Arbeitsschutzrechts vorgestellt und sollen Schlussfolgerungen für eine mögliche Revision gezogen werden. Damit liegen zwei Jahre vor uns, in denen die Gewerkschaften die Anschlussfähigkeit ihrer Konzepte beweisen müssen, um die europäische Arbeitsschutzpolitik zu reaktivieren. Chancen dazu bestehen durchaus.

Handlungsfelder des Strategischen Rahmens 2014 bis 2020

Die letzte Strategie zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz umfasste den Zeitraum 2007 bis 2012. Bereits im Dezember 2011 lag der Kommission ein Set von konkreten Vorschlägen für eine neue Strategie vor, formuliert durch das Europäische Parlament und den dreigliedrigen Beratenden Aus-

schuss in Luxemburg. Einen weiteren Anlauf, die Kommission zur Vorlage einer neuen Strategie zu drängen, unternahm das EU-Parlament im September 2012. In einer Entschließung forderte es die Kommission unter anderem auf, eine Richtlinie zu Muskel-Skelett-Erkrankungen und eine revidierte Richtlinie zu karzinogenen Arbeitsstoffen vorzulegen. Ebenso hatten im gleichen Jahr einige sektorale Sozialdialoge (Bau, Möbel, Holzwirtschaft) für eine anspruchsvolle neue Kommissionsstrategie plädiert.

Der dann am 6. Juni 2014 vom damaligen Sozialkommissar László Andor vorgelegte „strategische Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020“¹ enttäuschte indes auf ganzer Linie. Er bindet nun auch in gewisser Weise die neue Kommission und ist damit ein Kuckucksei in deren Nest. Drei wesentliche Handlungsfelder werden in diesem „strategischen Rahmen“ benannt:

Erstens: Die bessere Umsetzung der vorhandenen Rechtsvorschriften mit dem Fokus auf Kleinst- und Kleinunternehmen und mit dem Ziel einer effizienteren Risikoprävention.

Zweitens: Die Notwendigkeit einer besseren Prävention berufsbedingter Erkrankungen sowie gegenüber neuen Risiken.

Drittens: Die Bewältigung des demografischen Wandels.

Allein, der „strategische Rahmen“ beinhaltet keine neuen legislativen Vorhaben, sondern beschränkt sich ausschließlich auf die bessere Umsetzung des bestehenden Rechtsrahmens in den Mitgliedsstaaten. Die Katastrophe von jährlich 160 000 Toten durch berufsbedingte Erkrankungen in der EU wird zwar anerkannt, aber daraus folgen keine Konsequenzen, wie die Untätigkeit der Kommission hinsichtlich neuer Richtlinien zeigt. Um das zu legitimieren, argumentiert die Kommission damit, die Daten seien unzureichend, es fehle an wissenschaftlicher Eindeutigkeit, es müssten noch Folgenabschätzungen vorgenommen werden.

Dem entsprechend findet man dann in dem Kapitel, das die wesentlichen Zielsetzungen des „strategischen

Rahmens“ beschreibt, zum Bereich der berufsbedingten Erkrankungen als praktisches Vorhaben lediglich die Einrichtung eines Wissenschaftlernetzwerkes und den Austausch „bewährter Verfahren“. Waren in der letzten Strategie 2007–2012 noch die Themen genannt wie neue Beschäftigungsformen, besondere Belastungen einzelner Arbeitnehmergruppen oder die Notwendigkeit, den Arbeits- und Gesundheitsschutz auch in anderen Politikbereichen der EU zu verankern, so findet sich in dem neuen Papier buchstäblich nichts davon wieder.

An erster Stelle: „Rechtsvereinfachung“

Anders im Bereich der so genannten „Rechtsvereinfachung“. In den genannten drei Handlungsfeldern ist das Thema zwar gar nicht an- oder ausgeführt, es bestimmt aber im Folgenden den Ton im Kapitel „Wesentliche Strategische Ziele“ – ganz im Sinne des REFIT-Programms.

Leider konnte schon in den Gründerjahren des europäischen Arbeitsschutzrechts nicht verhindert werden, dass in die Verträge und in alle Einzelrichtlinien die Formulierung aufgenommen wurde, dass dieses Rechtsinstrument keine verwaltungstechnischen und finanziellen Auflagen vorschreiben sollen, die der Gründung und Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben entgegenstehen. Zementiert wurde diese politische Haltung dann im sogenannten „Small Business Act“,² der gleich in der Einleitung mit Chuzpe festhält, künftig müssten die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Richtschnur für alle EU-Politik sein.

Leider weitgehend ohne Krach im politischen Raum hatte die Kommission schon im Jahr 2013 eine Wunsch-Dir-Was Befragung unter den KMU durchgeführt. In einer Online-Konsultation konnten die Betriebe die aus ihrer Sicht größten bürokratischen Hemmnisse benennen, die ihnen aus dem EU-Recht erwachsen.³ Nicht ganz verwunderlich rangierte dabei der Arbeitsschutz ganz weit oben.

Der eigentliche Skandal dieses Vorgehens lag darin, dass die Kommission sich verpflichtete, aus dieser Befragung die zehn meistgenannten Rechtsgegenstände juristisch zu bearbeiten. Damit wird die Rechtsetzung tendenziell im gesamten Bereich der Arbeitsbeziehungen dem demokratischen Aushandlungsprozess und der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern entzogen. Ebenfalls außerhalb der politisch-demokratischen Willensbildung hat die Kommission dann auch die Wege der Sonderbehandlung für KMU definiert: Nichtanwendung des Rechtsaktes, geringere Anforderungen/Standards, vereinfachte Anwendung usf.

Fortsetzung S.18

Als Ergebnis der Befragung hat die Kommission daraus ein Arbeitsprogramm abgeleitet und dieses in einer Mitteilung vom 18. Juni 2013 veröffentlicht. „Bearbeitet“ werden sollen demnach unter anderem: Die Entsenderichtlinie, die Richtlinie zur allgemeinen Produktsicherheit, die Arbeitszeitrichtlinie, die REACH-Verordnung und sogar die Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz sowie alle darauf fußenden Einzelrichtlinien. Nicht hier aufgeführt, aber ebenfalls in der Mache sind die drei Richtlinien zur Arbeitnehmerbeteiligung. Sie werden, wie die Arbeitsschutzrichtlinien, derzeit hinsichtlich ihrer Wirkung, Anwendbarkeit usw. evaluiert.

Ein Tummelfeld der Deregulierer

Bei aller Kritik am Vorgehen der Kommission und den möglichen Konsequenzen findet die Auseinandersetzung doch vor einem realen Hintergrund statt. Neben der üblichen demagogisch angehauchten Kritik am Brüsseler Bürokratiemonster gibt es seit längerem eine Debatte zur Komplexität und Konsistenz des immer dichter werdenden Europäischen Rechtsbestandes. Von Beginn an war die Debatte ein Tummelfeld der Deregulierer, aber halt auch ein echtes Problemfeld. Der erste Begriff fürs Thema kam noch neutral daher: „Bessere Regulierung“, ein Programm der Kommission von 2002. In einem nächsten Schritt wurde dann das Programm zum „Abbau unnötiger Verwaltungslasten“ aufgelegt. Hier hatte sich schon der Fokus auf das Wirtschaftsgeschehen bzw. die vermeintlichen speziellen Bedingungen und Bedürfnisse der KMU fokussiert bzw. als besonderes Feld im Bereich der „besseren Rechtsetzung“ separiert.

Als Ergebnis und als Bestandteil des 2007 aufgelegten Aktionsprogramms zur „Verringerung der Verwaltungslasten in der Europäischen Union“⁴

Das REFIT-Programm der EU

Das REFIT-Programm ist das vorerst letzte Glied in einer Kette von Maßnahmen und Aktionen, die darauf abzielen, das europäische Recht zu vereinfachen und zu deregulieren. Ausgangspunkt war und ist der dogmatische Glaubenssatz, dass Klein- und Mittelbetriebe, also mehr als 99% aller Unternehmungen in der EU, besonderer „Entlastung“ von rechtlichen Vorschriften bedürfen.

Der Einleitungssatz des entsprechenden Kapitels sagt das deutlich: „Gemäß den Zielen des Programms für die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) sind fortlaufende gemeinsame Anstrengungen der Kommission, anderer EU-Organe und der Mitgliedsstaaten erforderlich, um die EU-Rechtsvorschriften zu vereinfachen und unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden“.

Wichtige Dokumente zu REFIT-Programm finden sich unter http://ec.europa.eu/smart-regulation/index_de.htm

wurde die so genannte High Level Group eingesetzt, besser bekannt als Stoiber Kommission.

Die Kommission nahm 2008 ihre Arbeit auf. Ihr Mandat wurde zwei Mal verlängert (2010 und 2012) und endete im Oktober 2014. Insgesamt hatte diese Kommission 13 Politikbereiche bearbeitet, dabei auch die Arbeitsbeziehungen. Der hierzu veröffentlichte Bericht basierte auf einem völlig schlampigen methodischen und forschungspraktischen Vorgehen und wurde unisono kritisiert, einschließlich der Kommissionsdienststellen, die für den Arbeitsschutz zuständig sind. Gleichwohl fanden die ideologisch eingefärbten Vorschläge der Stoiber-Group weitgehend Eingang in die Praxis der EU-Kommission (Ausnahmen für KMU, unterschiedliche Niveaus für vermeintlich unterschiedliche Risikosektoren, falls ein neuer Rechtsakt Verwaltungskosten verursacht, gleichzeitige und verpflichtende Entlastung an anderer Stelle usw.

Die Stoiber-Kommission hat nun einen Abschlussbericht vorgelegt⁵, der noch einmal die politisch-ideologischen Grundhaltungen ihres Vorge-

hens zusammenfasst und der Kommission den weiteren Weg weist. Vorgeschlagen wird unter anderem, in Zukunft monetäre Zielvorgaben für die Reduzierung der Verwaltungslasten (von Unternehmen) zu beschließen. Neue Rechtsvorschriften, die Kosten verursachen, sollen nur erlaubt sein, wenn an anderer Stelle äquivalente Kosteneinsparungen durch die Aufhebung von Vorschriften vorgenommen werden.

Deregulierung weiterhin umkämpft

Zwei Vorkommnisse sind in diesem Zusammenhang zeigen, dass die Konflikte um Deregulierung weiter gehen und Raum für Interventionen besteht. Zum einen wurde Edmund Stoiber von Juncker noch im Dezember 2014 zum „Sonderberater für bessere Rechtsetzung“ ernannt, übrigens ein ausdrücklicher Vorschlag im Bericht der Stoiber-Kommission selbst. „In seiner neuen Beratungsfunktion soll Stoiber insbesondere aufzeigen, wie der Abbau von Bürokratie und Verwaltungslasten zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen vorangebracht werden kann, um Beschäftigung, Wachstum und Investitionen in der EU zu fördern. „Die Unternehmen in der EU brauchen Raum für Innovationen und Wachstum und wollen möglichst wenig Bürokratie“, sagte Juncker. „Edmund Stoiber unterstützt die Kommission diesbezüglich bereits seit sieben Jahren, indem er unnötige Belastungen für Unternehmen aufzeigt und der Kommission hilft, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Angesichts seines Engagements, seiner Erfahrung und seiner Kenntnisse ist er bestens geeignet, uns bei der Bekämpfung von Überregulierung und Bürokratie zu beraten, damit Wachstum und Beschäftigung in Europa eine echte Chance erhalten.“⁶

Einen Gegenakzent setzt allerdings ein Minderheitenvotum aus der Stoiber-Kommission. Vier Mitglieder der Kommission haben es mit der ausdrücklichen Absicht veröffentlicht, In-

REFIT-Selbstdarstellung auf der Webseite <http://www.stoiber.de/tag/eu/>



teressen der Beschäftigten, der öffentlichen Gesundheit, der Umwelt und der Verbraucher zu vertreten.⁷ Das Votum kritisiert unter anderem, dass Informationspflichten (mit Blick auf Verbraucher, Arbeitnehmer) ausschließlich unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden. Stark kritisiert wird auch die Idee, KMU von Rechtsvorschriften auszunehmen, ebenso der Vorschlag, künftige Gesetzesvorhaben daraufhin zu prüfen, ob sie die Konkurrenzfähigkeit der KMU beeinträchtigen, bevor sie veröffentlicht werden.

Die Europäische Kommission nimmt in der ganzen Angelegenheit keine einheitliche Stellung ein. Außerdem steht auch das Europäische Parlament tendenziell in Opposition zu den Stoiber-Vorschlägen, zumindest dort, wo diese darauf abzielen, demokratische Entscheidungsprozesse zu beschneiden. Bezogen auf die Arbeitsschutzstrategie hat das Parlament bzw. der Beschäftigungsausschuss entschieden, keine Resolution zum vorgelegten Kommissionsdokument zu verabschie-

den, sondern in den nächsten Monaten einen Initiativbericht zu erarbeiten. Dieses Vorgehen erlaubt dem Parlament, nicht nur zu kommentieren, sondern eigene Initiativen vorzuschlagen und neue Gesichtspunkte einzubringen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass derzeit das gesamte Arbeitsschutzrecht überprüft wird und das damit beauftragte Institut 2016 einen Abschlussbericht vorlegen soll. Auf dessen Grundlage sollte dann eine Revision des „strategischen Rahmens“ der Kommission oder mindestens aber seine praktische Operationalisierung vorgenommen werden. Damit besteht auch die Möglichkeit, neue Aspekte, Schwerpunkte und Vorschläge einzubringen.

Initiativen des Europäischen Gewerkschaftsbundes und anderer

In diesem Zusammenhang nutzte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) auch die Einsetzung der neuen zuständigen Kommissarin Marianne Thyssen, um sie zu schnellen Korrek-

turen in der Arbeitsschutzpolitik der Kommission zu drängen. Dazu fasste der EGB am 2./3. Dezember 2014 einen Beschluss und übermittelte der Kommissarin am 18. Dezember seine Forderungen in einem Brief (siehe Kasten).

Auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat am 11. Dezember 2014 eine Stellungnahme verabschiedet, die zwar die Veröffentlichung des „strategischen Rahmens“ begrüßt, aber von der Kommission auch verstärkte Anstrengungen im Arbeitsschutz einfordert und eine Reihe der vom EGB formulierten Aspekte anspricht.⁸

Die Arbeitsminister aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden und Österreich hatten bereits im April 2013 in einem Brief an den damaligen Kommissar die schnelle Verabschiedung von Arbeitsplatzgrenzwerten für eine Reihe besonders gefährliche Stoffe und die Revision der Richtlinie zu karzinogenen Arbeitsstoffen gefordert. Zusätzlich haben Sozialdialoge aus den drei Sektoren Bau, Holzwirtschaft und Möbelindustrie ihre früheren gemeinsamen Stellungnahmen erneut an die Kommissarin gesandt, um die Kommission zu einer engagierteren Arbeitsschutzpolitik zu drängen.

Das in den europäischen Verträgen festgelegte Ziel in diesem Politikbereich lautet: Setzen von Mindestanforderungen und Verbesserung der bestehenden (rechtlich gesetzten) Standards. Wohl eines der wesentlichen Ergebnisse der Stoiber-Kommission war dagegen, ideologiegeladene Schlagworte im den Sprachgebrauch der EU-Institutionen zu verankern:

- Bürokratie (red tape) = Gängelung der Betriebe
- Vorfahrt für KMU = Befreit sie, sonst wird die Europäische Wirtschaft international nicht mehr konkurrenzfähig sein
- „Goldplating“ = Höhere Standards als die in den EU-Richtlinien vorgesehenen Mindeststandards bei der nationalen Umsetzung sollen unterbleiben, da sie Zusatzkosten verursachen würden.

Gerade der letzte Aspekt zeigt, wie außerhalb der demokratischen Willensbildung an den Grundfesten der europäischen Verträge gerüttelt wird, die in dieser Frage ja ausdrücklich das Ziel formulieren, Mindestanforderungen zu verabschieden, in den Mitgliedsstaaten aber höhere Standards anvisiert, die dort verabschiedet und praktisch umgesetzt werden, um dann wiederum eine Europäische Harmonisierung nach oben zu erlauben. Diesem Grundsatz müsste in der EU-Politik wieder Geltung verschafft werden. Die in den letzten Monaten gestarteten Initiativen, aber auch die erwartete Initiativstellungnahme des Parlaments gehen in diese Richtung oder werden das tun.

Fortsetzung S. 20

Aus einem Brief des EGB an EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen

„Der EGB erinnert an den Artikel 153 des Lissabonner Vertrages. Um die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen zu erreichen, ist das grundlegende Instrument für EU-Aktionen die Annahme von Richtlinien mit Bestimmungen zur Verbesserung europäischer Normen mit positiven Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit von Arbeit.

Besondere Aufmerksamkeit und konkrete politische Maßnahmen sollten den prekären Beschäftigungsbedingungen von Männern und Frauen gelten, da sie psychosoziale Risikofaktoren verstärken und diese wiederum signifikante schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben einschließlich eines hohen Risikos von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vorzeitiger Sterblichkeit. ... Die Europäische Kommission muss sich des Problems der psychosozialen Risiken annehmen, da alle ArbeitnehmerInnen – Männer wie Frauen – von dieser Gefahr betroffen sind. ...

Der EGB fordert die Kommission auf, sofort eine ambitionierte Initiative zur Festlegung verbindlicher europäischer Expositionsgrenzwerte für eine erweiterte Anzahl toxischer Substanzen festzulegen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es auf europäischer Ebene nur für drei karzinogene Stoffe verbindliche Arbeitsplatzgrenzwerte. Arbeitnehmer sind aber mehreren hundert Karzinogenen und Mutagenen ausgesetzt. ...

Darüber hinaus fordert der EGB die sofortige Einbeziehung reprotoxischer Stoffe in den Geltungsumfang der Karzinogen/Mutagen-Richtlinie aufgrund der Schwere und Irreversibilität der gesundheitlichen Auswirkungen für ArbeitnehmerInnen (besonders schwangere Frauen) infolge der Exposition gegenüber solchen Stoffen ...

Die drei bestehenden Richtlinien über Muskel-Skelett-Erkrankungen (Vibrationen, manuelle Lastenhandhabung und Bildschirmgeräte) sind in vielfacher Hinsicht nicht mehr aktuell und müssen deshalb in eine moderne und durchsetzbare Rechtsetzung überführt werden. Der Prozess der Formulierung einer neuen ganzheitlichen Richtlinie über Muskel-Skelett-Erkrankungen muss von der Europäischen Kommission auf den Weg gebracht werden.

Die enormen Probleme in Europa mit psychosozialen Risiken in Verbindung mit sich verschlechternden Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz können nicht länger ignoriert werden. Das Problem kann nicht nur durch nicht-legislative Instrumente gelöst werden. Rechtsetzende Maßnahmen sind zur Bekämpfung dieses Risikos mit epidemischen Ausmaßen dringend erforderlich.“

Auf der Webpage des EGB ist das Dokument nur in Englisch und Französisch abrufbar: <http://www.etuc.org/documents/etuc-resolution-eu-has-act-now-improve-occupational-health-and-safety#.VLPRqnIOUdU>

Die erwähnten Stellungnahmen der drei Sozialdialoge zeigen, dass bis weit in die Reihen der Arbeitgeber Koalitionen für fortschrittlichen Arbeitsschutz und Konzepte Guter Arbeit Anschlussmöglichkeiten bestehen. Die zwei kommenden Jahre sollten aber vor allem auch genutzt werden, um auf nationaler Ebene die jeweiligen Ministerien und sonstigen Vertreter, die sich in

europäischen Gremien bewegen, darüber aufzuklären, dass hier zwar vordergründig „nur“ der Arbeitsschutz aufs Abstellgleis geschoben werden soll, dass aber (mit REFIT) tatsächlich an Grundfesten der europäischen Verträge und an den demokratischen Strukturen gerüttelt wird.

Rolf Gehring

- 1 http://eur-lex.europa.eu/search.html?or0=DTT%3DPC,DTT%3DDC&DTN=0332&DTA=2014&qid=1421068889563&CASE_LAW_SUMMARY=false&DTS_DOM=ALL&type=advanced&DTS=5&SUBDOM_INIT=ALL_ALL&DTS_SUBDOM=ALL_ALL
- 2 http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/small-business-act/index_de.htm
- 3 Eine Pressemitteilung zu diesem Vorgang findet sich unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-188_en.htm. Die Resultate sind unter folgendem Link zu finden: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/public-consultation-new/index_en.htm
- 4 KOM(2007) 23 – Aktionsprogramm zur Verringerung der Verwaltungslasten in der Europäischen Union. Auf das Aktionsprogramm wird in Kapitel III dieses Berichts ausführlich eingegangen – http://eur-lex.europa.eu/search.html?DTN=0023&or0=DTT%3DPC%2CDTT%3DDC&DTS_DOM=ALL&CASE_LAW_SUMMARY=false&type=advanced&DTS_SUBDOM=ALL_ALL&SUBDOM_INIT=ALL_ALL&qid=1421070306840&DTS=5&DTA=2007&locale=de
- 5 http://ec.europa.eu/smart-regulation/refit/admin_burden/docs/08-10web_de_ce-brocuttingredtape.pdf
- 6 <http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/buerokratieabbau-juncker-holt-stoiber-zurueck-310972>
- 7 http://ec.europa.eu/smart-regulation/refit/admin_burden/docs/annex_12_de_hlg_ab-dissenting_opinion.pdf
- 8 [https://dm.eesc.europa.eu/eescdocumentsearch/Pages/opinionsresults.aspx?k=\(documentlanguage:DE](https://dm.eesc.europa.eu/eescdocumentsearch/Pages/opinionsresults.aspx?k=(documentlanguage:DE)

Materialreiche Parteidiskussion in Niedersachsen

Aus aktuellem Anlass noch einmal zum Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“

Hunno Hochberger (69 J.), Vorstandsmitglied im Linke Kreisverband Osnabrück-Land und Mitglied des Gesprächskreises „Europa“ bei der RLS/Berlin.

Wie erinnerlich, wurde hier im Kreisverteiler in der ersten Dezemberhälfte mehrfach aufmerksam gemacht auf den aktuellen „friedenspolitischen Aufruf der 60 Persönlichkeiten“ (5.12.2014 – www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog) ... (...) Nun haben sich (wie wir über IMI-Aktuell 2014/630 erfahren konnten) am 11.12.2014 in direkter Reaktion auf die Erklärung vom 5.12. „über 100 deutschsprachige OsteuropaexpertInnen“ hinter einen Gegenaufruf gestellt. Titel: „Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung. Aufruf... zu einer realitätsbasierten statt illusionsgeleiteten Russlandpolitik“ (www.tagesspiegel.de/politik/gegen-aufruf-im-ukraine-konflikt-osteuropa-experten-sehen-russland-als-aggressor/11105530.html). Die Initiative zu dieser Gegenerklärung ging aus von ihrem Verfasser Manfred Umland, der in Kiew für eine Einrichtung tätig ist, die mit der Konrad-Adenauer-Stiftung kooperiert. M. E. ist es notwendig, sich vor allem deswegen mit diesem Gegenaufruf zu befassen, weil wir hierüber gewisse Schwächen des „friedenspolitischen Aufrufs der 60 Persönlichkeiten“ so erörtern können, dass wir in den Stand kommen, sie in der öffentlichen Auseinandersetzung durch geeignete Sachargumente wettzumachen.

1. Zu den wesentlichen Aussagen des „Gegenaufrufs der 100 OsteuropaexpertInnen“

Die Hauptstoßrichtung dieses „Gegenaufrufs“ lautet wie folgt – Zitat:

Wirtschafts- presse

BDI Afrika-Strategiepapier: „Africa rising“ anstatt „hopeless continent“.

Veröffentlichungen des BDI, Fr., 9.1.2015. ... Es ist an der Zeit, Afrika als vielversprechenden Wirtschaftspartner und Zukunftsmarkt statt als Empfänger von Entwicklungshilfe wahrzunehmen. ... Afrika ist für den BDI ... ein Kontinent mit großen Potenzialen und Herausforderungen, die es zu nutzen gilt. Mit der Strategie ... zeigt (der BDI) Handlungsbedarf auf, um ein attraktives sowie nachhaltiges Investitionsklima zu fördern. Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl für die Bürger in Afrika als auch für die deutsche Industrie Vorteile bringen. Erstmals wurden nicht nur Forderungen an die Politik formuliert, sondern ein eigener Aktivitäten-Katalog zur Stärkung der deutschen Industrie in Afrika definiert. ... Der BDI ... wird sein Engagement in Afrika zukünftig weiter ausbauen. ... Der Anteil von Subsahara-Afrika am deutschen Gesamtaußenhandel stagniert auf niedrigem Niveau bei 1,31 Prozent für 2013. ... Insgesamt ist neben dem Interesse der strategischen Rohstoffsicherung für die heimischen Märkte auch das Interesse der internationalen Kapitalmärkte an Afrika gestiegen. ... Zahlreiche Länder im subsaharischen Afrika zeichnen sich durch zunehmende politische und soziale Stabilität aus. ... Afrikas mittelfristige Wachstumsaussichten sehen ebenfalls gut aus, ... wobei für Ost- und Westafrika mit über sechs Prozent das höchste Wachstum erwartet wird. Damit gehören diese Regionen zu den am schnellsten wachsenden weltweit.

BDA will Flüchtlingen Ausbildung in Deutschland erleichtern.

Presseinformationen des BDA, Mi., 7.1.2015. – Arbeitgeberpräsident I. Kramer: „Der Arbeitsmarkt zeigt sich ... stabil und aufnahmefähig. In einigen Branchen und Regionen haben die Unternehmen ... erhebliche Probleme, offene Stellen für Fachkräfte und Auszubildende zu besetzen. ... Vordringlich ist, ausbildungsbegleitende Hilfen für alle Jugendlichen, die diese benötigen, zu ermöglichen und auch die assistierte Ausbildung ... breit anzubieten. Wir müssen ... die Voraussetzungen dafür verbessern, dass junge Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung nach Deutschland gekommen sind, hier eine Ausbildung aufnehmen und erfolgreich abschließen können. Viele minderjährige Flüchtlinge sind ... besonders motiviert, eine Ausbildung zu absolvieren. Gerade für sie darf das Asylverfahren keinen Lebensstillstand bedeuten. Ich begrüße den Vorstoß der CSU und appelliere an die Koalitionsfraktionen, einen humanitären Ausbildungsaufenthalt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu schaffen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass alle jugendlichen Asylsuchenden und Geduldeten, die bereits eine Ausbildung begonnen haben, diese auch grundsätzlich abschließen können. ... Die Aufnahme einer Schul- oder Berufsausbildung muss als ein dringender persönlicher Grund für die Aussetzung der Abschiebung gesetzlich verankert werden.“

Zusammenstellung: rst

„Am 5. Dezember 2014 veröffentlichten 60 prominente deutsche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur den Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ Obwohl es in diesem Text um die deutsche Russland- und Ukrainepolitik geht, nimmt kaum eine/r der UnterzeichnerInnen an der aktuellen Osteuropa- oder Ukraineberichterstattung teil. Vielmehr haben die meisten der Unterzeichnenden nur geringe Expertise zum postsowjetischen Raum, wenig relevante Rechercheerfahrung und offenbar keine Spezialkenntnisse zur Ukraine sowie den jüngsten Ereignissen dort. Dies ist kein Zufall.

Die überwältigende Mehrheit der sich aus wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher oder journalistischer Perspektive mit dem heutigen Ukraine-Konflikt auseinandersetzenden deutschen Forscherinnen, Aktivisten und Reporterinnen sind sich in ihrem Urteil einig: es gibt in diesem Krieg einen eindeutigen Aggressor, und es gibt ein klar identifizierbares Opfer. So wie die Defekte anderer einst okkupierter Staaten nicht den verbrecherischen Charakter ihrer Besetzungen relativieren, können die Unzulänglichkeiten des ukrainischen politischen Systems nicht gegen die russische Annexion der Krim und notdürftig verschleierte Intervention in der Ostukraine aufgerechnet werden. [...]“

Während sich die „Erklärung der 60 Persönlichkeiten“ ganz bewusst kritisch in Richtung aller Beteiligten an der gegenwärtigen Ukraine-Krise zu äußern weiß und insofern eine einseitige Parteinahme vermeidet – um auch dadurch den eigenen friedenspolitischen Anspruch glaubhaft zu machen, ergreift die „Gegenerklärung der 100 OsteuropaexpertInnen“ ganz bewusst Partei: für den offiziellen BRD-/EU-/Nato-Kurs der einseitigen Schuldzuweisungen betreffend die aktuelle Ukraine-Krise. Diese Parteinahme wird aus einer zeitgeschichtlichen Rückschau heraus, die sich mit der Georgienkrise und Moldaukrise befasst, begründet:

„In ihrem Aufruf raten die 60 Persönlichkeiten: ‚Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft.‘ Frühere Erfahrungen sollten Berlin vorsichtig machen: Im Sommer 2008 entstand im Kaukasus eine ähnlich ‚verfahren Situation‘ infolge Russlands faktischer Kündigung des EU-vermittelten russisch-georgischen Friedensabkommens. Obwohl Moskau dessen wichtigsten Punkt, die Rückführung seiner Truppen aus den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien, nicht erfüllte, schlug die Bundesrepublik wenige Wochen darauf Russland eine

‚Modernisierungspartnerschaft‘ vor. Später folgten die EU und [die] meisten ihrer Mitgliedsstaaten dem deutschen Beispiel. Die russischen Truppen stehen bis heute in Georgien. Das Verhalten des Kremls stellte 2008 bereits eine Wiederholungstat dar, wie auch die damalige deutsche Reaktion auf die russische Okkupation georgischer Gebiete ein Déjà-vu auslöste. 2001 lud Deutschland Wladimir Putin zu einer vielgefeierten Rede in den Bundestag ein. Damals war allerdings bereits absehbar, dass Russland seinen vertraglich zugesicherten Truppenrückzug aus der moldauischen Region Transnistrien nicht umsetzen würde. 2003 offerierte Brüssel dem Kreml Verhandlungen zu einem neuen Kooperationsvertrag mit der EU. Die russischen Truppen stehen bis heute in der Republik Moldau.“

2. Zur bisherigen Kontinuität der allseitigen Missachtung internationalen Rechts

M. E. können wir diese Rückschau des „Gegenaufrufs der 100 OsteuropaexpertInnen“ dahingehend aufgreifen, dass wir uns über gewisse Schwächen im „Aufruf der 60 Persönlichkeiten“ verständigen. Denn der „Aufruf der 60 Persönlichkeiten“ spricht zwar die „völkerrechtswidrige Annexion der Krim“ an, aber sie ist lediglich der letzte Höhepunkt in einer Kette der Missachtung internationalen Rechts. Tatsächlich sind die Loslösungen der Regionen Abchasien und Südossetien von Georgien bzw. deren Angliederung an die Russische Föderation sowie wie die Loslösung Transnistriens von Moldau ebenso wenig im Einklang mit dem internationalen Recht wie es die Loslösung der Krim von der Ukraine ist. Das gilt auch dann, wenn hier in diesem Kontext etwa das „Selbstbestimmungsrecht“ und eine darüber legitimierte Sezession geltend gemacht wird – etwas, was im internationalen Recht nur ausnahmsweise für Loslösungen aus eindeutig (!) antikolonialen Gründen eine Billigung gefunden hat. Ansonsten müssen Loslösungen vom ursprünglichen Staatsverband stets im wechselseitigen (!) Einvernehmen erfolgen – wie z.B. geschehen zwischen Tschechien und der Slowakei am 1.1.1993.

Von russischer Seite wurde jenes soeben angesprochene „Selbstbestimmungsrecht“ zur Legitimation der eigenen Anschlusspolitik gegenüber der Krim ganz ausdrücklich herangezogen: „In einem Interview zu den Vorgängen in der Ukraine war Putin gefragt worden, wie er sich die Zukunft der Krim vorstelle und ob eine ‚Variante‘ ihres Anschlusses an Russland erwogen werde. Darauf antwortete der russische Präsident, er sei grundsätzlich der Ansicht, dass nur die Bürger, die in einem bestimmten Territorium leben, über deren Zukunft

bestimmen können. Putin nannte die Kosovo-Albaner als Beispiel und fügte hinzu, das ihnen gestattete Recht auf Selbstbestimmung sei ‚seines Wissens‘ in den entsprechenden Dokumenten der Vereinten Nationen verankert und von niemandem aufgehoben worden. Wenn die Bewohner der Krim also dem Beispiel des Kosovos folgen wollen, sei das in Ordnung, insinuierte Putin“ (FAZ. 5.3.2014; „Krim-Krise. Putin brüskiert die Serben“).

Wie der Autor des FAZ-Artikels anschließend ausführt, stand diese Auffassung im Widerspruch zur konstanten russischen Position der Nichtanerkennung der Kosovo-Abtrennung von Serbien im UN-Sicherheitsrat. „Begründung: Die kosovarische Unabhängigkeitserklärung verletze die territoriale Integrität und staatliche Souveränität Serbiens...“ (dito). Sie stand desweiteren aber auch im Widerspruch zur konstanten Position Serbiens, das diese Abtrennung stets als Verstoß gegen das internationale Recht bewertet hat bzw. bewertet. Aus diesem Grund verweigert Serbien, das in 2015 den OSZE-Vorsitz innehat, sowohl die Anerkennung der Loslösung Abchasiens und Südossetiens von Georgien wie auch die Loslösung der Krim von der Ukraine.

Alt Bundeskanzler Gerhard Schröder (Mitunterzeichner des „Aufrufs der 60 Prominenten“) wurde im Rahmen einer Veranstaltung der Wochenzeitung „Die Zeit“ (März 2014) auf dieses Thema angesprochen. Er „räumte ein, dass er selber das Völkerrecht gebrochen habe, als es um die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg gegen Serbien während seiner Regierungszeit gegangen sei. Für das, was gegenwärtig auf der Krim passiere, sei der Kosovo ‚die Blaupause‘, behauptet der Altkanzler dann. In beiden Fällen handele es sich ‚formal‘ um eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen. Auch das von der Krim-Regierung für den 16. März angesetzte Referendum über eine Abspaltung von der Ukraine und den Anschluss an Russland verglich Schröder mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von Serbien“ (Handelsblatt, 13.3.2014). Schröder stellte hier faktisch fest, dass die russische Seite sich in Sachen Krim-Abtrennung dadurch legitimiert sieht, dass bereits zuvor die BRD-/EU-/Nato-Seite jene von ihr betriebene Abtrennung des Kosovo hat international durchsetzen können. Exakt das meint sein Begriff „Blaupause“

Nach innen sieht sich die russische Föderation durch die eigene Verfassung legitimiert, derzufolge sie sich als Schutzmacht russischsprachiger Bürger außerhalb der Föderation versteht. Auf Basis dieser Verfassungsbestimmung rechtfertigt sie ihr diesbezügliches Eingreifen in nachbarstaatliche

innere Konflikte. So geschehen gegenüber Moldau, gegenüber Georgien und gegenüber der Ukraine. Hier liegt offenkundig ein Selbstverständnis zugrunde, das davon ausgeht – dass „Russland größer ist als die Russische Föderation“. In Folge dessen kam es bzw. kommt es zur In-Anspruchnahme von nachbarstaatlichen Bürgern als Bürger der Russischen Föderation. Im Konkreten kam es bzw. kommt es zur (massenhaften) Ausstellung von russischen Pässen für diese nachbarstaatlichen Bürger. Diese von der OSZE scharf verurteilte „Passportisation“ missachtet die souveränen Rechte des betreffenden Nachbarstaats und steht insofern ebenfalls nicht im Einklang mit dem internationalen Recht.

Allerdings könnte die russische Seite auch hier geltend machen, dass die EU/Nato im August/September 1989 die massenhafte Ausstellung von westdeutschen Pässen für DDR-Bürger in Budapest und Prag durch Bedienstete des Auswärtigen Amts ausdrücklich gebilligt hat. Bekanntlich erfolgte diese In-Anspruchnahme von Bürgern eines Nachbarstaats ebenfalls aus einem (verfassungsrechtlichen) Selbstverständnis heraus, welches „Deutschland größer als die BRD“ begriff. Horst Teltchik, der seinerzeit als maßgeblicher außen- und sicherheitspolitischer Berater von Helmut Kohl tätig war – und insofern entscheidend mitgewirkt hat an diesen Verstößen gegen internationales Recht, ist heute selbst (neben Gerhard Schröder) einer der Mitunterzeichner des „Aufrufs der 60 Prominenten“.

3. Die Verwilderung des Staatenumgangs ist von der BRD-/EU-/Nato-Seite ausgegangen

Fakt ist m. E. – losgelöst von den aktuellen Motiven jener beiden seinerzeitigen ([west-]deutschen) Hauptakteure in Sachen Missachtung des internationalen Rechts, dass dieser Aufruf objektiv aus einem Geist der selbstkritischen Einsicht in die damit verbundene Verwilderung des Staatenumgangs entstanden ist. Bereits in 2008 hat *Le Monde diplomatique* zu dieser Entwicklung eine sehr scharfsinnige Analyse veröffentlicht:

„Im Februar dieses Jahres [2008 /h.H.] haben die USA und die meisten EU-Staaten die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt. Im August erfolgte die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Russland. Beide Vorgänge signalisieren eine grundsätzliche Veränderung in den zwischenstaatlichen Beziehungen. – Die bislang übliche Praxis der friedlichen Koexistenz beruhte darauf, dass bestimmte Prinzipien respektiert werden, allen voran die Achtung der territorialen Integrität. Wenn nun Gebiete, die sich für selbstständig erklärt haben, gegen

den Willen der Zentralregierung als souveräne Staaten anerkannt werden, bedeutet das eine Destabilisierung von Vielvölkerstaaten, in denen starke Autonomie- oder Unabhängigkeitsbewegungen aktiv sind. [...].

In den drei aktuellen Fällen läuft die Anerkennung durch andere Staaten einem der wichtigsten Prinzipien der internationalen Ordnung zuwider: dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Die ausschließliche Hoheitsgewalt eines Staates über sein Staatsgebiet ist konstitutiv für unser heutiges Verständnis von staatlicher Souveränität.

Im Fall Kosovo hatte der UN-Sicherheitsrat die staatliche Autorität Serbiens nach der Nato-Intervention von 1999 durch eine internationale Übergangsverwaltung ersetzt. Dies erfolgte jedoch noch im Einklang mit der UN-Charta, womit die territoriale Integrität Serbiens zumindest formell nicht infrage gestellt war. Das wurde sie erst neun Jahre später durch die Anerkennung der Souveränität des Kosovo, die den UN-Sicherheitsrat vor vollendete Tatsachen stellte, genau wie ein paar Monate später im Fall Abchasien und Südossetien. – Dabei kann sich keiner der drei neuen Staaten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen: Die einschlägigen internationalen Vereinbarungen der 1960er-Jahre beziehen sich ausschließlich auf Kolonien oder Territorien unter fremder Besatzung. Und in den Verfassungen Jugoslawiens und der Sowjetunion war zwar den Teilrepubliken – wie Kroatien oder Georgien – ein Sezessionsrecht eingeräumt, nicht aber territoriale Unterheiten wie eben Kosovo, Abchasien oder Südossetien.

Im Übrigen haben die westlichen Regierungen, die für die Unabhängigkeit des Kosovo waren, stets von einem Einzelfall gesprochen. Angeblich sollte damit weder eine neue politische Doktrin gestiftet noch ein völkerrechtlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Diese Haltung lässt ihnen freie Hand im Umgang mit anderen Sezessionskonflikten. [...] – Inzwischen hat die Autorität des Völkerrechts Schaden genommen, der UN-Sicherheitsrat wurde geschwächt, und eine Reform ist nicht in Sicht. Ungeachtet dessen berufen sich beide Seiten – in ihrer politischen Rhetorik wie in ihrer Praxis – auf bestimmte Prinzipien. Über deren Anwendung will jedoch jede Seite allein entscheiden, wobei die vorgebrachten normativen Argumente stets nur der Rechtfertigung der eigenen, ‚exzeptionellen‘ Entscheidung dienen“ (Bruno Coppieters: „Völkerrechtsfreie Räume. Kosovo, Südossetien und Abchasien sind so souverän, wie andere Staaten sie haben wollen“, deutsche Übersetzung in *Le Monde diplomatique*, 10.10.2008).

In unserem hier erörterten Kontext steht diese von der BRD-/EU-/Nato-Seite ausgegangene Verwilderung des Staatenumgangs für die ursprüngliche bzw. auslösende Aktion, welcher die russische Seite nach und nach ihre oben erörterte Reaktion entgegengestellt hat. Es ist m. E. sehr wichtig – auch in der öffentlichen Debatte!, hinsichtlich der politischen „Spurensicherung“ diesen Ursprung deutlich fest zu halten.

Der Beschluss ‚Auch für den Ukraine-Konflikt gilt: Internationale Solidarität‘ der 2. Tagung des 4. Parteitags der Linken (Berlin, 10.05.2014) beleuchtet diesen Aktion-Reaktion-Zusammenhang – der ja völlig außer acht gelassen wird in der ‚Gegenerklärung der 100 OsteuropaexpertInnen!‘ – und bringt ihn sehr trefflich wie folgt auf den Punkt:

„[...] Anders als es die Bundesregierung darstellt, ist nicht in erster Linie Russland für die Zuspitzung der Situation um die Ukraine verantwortlich. Schon die Bejahung einer Auflösung des Warschauer Vertrages bei gleichzeitiger Ablehnung der Auflösung der Nato verhinderte den Aufbau eines gemeinsamen Hauses Europa, die Schaffung einer Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands. Das war ebenso falsch wie der Bruch des Versprechens, eine Osterweiterung der Nato nicht vorzunehmen. Die Sicherheitsinteressen Russlands wurden durch die Stationierung von amerikanischen Raketen in Tschechien und Polen missachtet.

Die Linke hat die Völkerrechtsbrüche beim Krieg gegen Jugoslawien bzw. Serbien, bei der Abtrennung des Kosovo und den militärischen Interventionen im Irak und in Libyen verurteilt. Die Aufnahme der Krim in die russische Föderation ist ebenfalls völkerrechtswidrig. Die Linke versteht sich als Partei des Völkerrechts und will das Völkerrecht stärken. [...].

[...] Durch eine neue Ost- und Entspannungspolitik müssen die Voraussetzungen für eine Überwindung der Konfrontation geschaffen werden: Europa braucht ein neues kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das die Nato überwindet und auf Abrüstung zielt. Eine neue Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist sinnvoll. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss gestärkt und ausgebaut werden. Sie könnte der Rahmen für eine neue Helsinki-Konferenz und ein kollektives Sicherheitssystem in Europa sein.“

Der Parteitagsbeschluss konkretisiert m. E. den Mindestanspruch, der an jene bislang nicht realisierte „tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung“ gestellt werden muss, von der es im „Aufruf der 60

Persönlichkeiten“ heißt – dass darin „alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten“. Die Stärke dieses Aufrufs – und insofern auch seine politische Nützlichkeit! – liegt nicht nur darin, dass er an diesem von der KSZE begründeten und von der OSZE übernommenen Projekt festhält, sondern vor allem darin, dass er die eigene Seite (Bundesregierung und Bundestag) darauf verpflichtet. Seine gewisse Schwäche, welche der „Gegenaufruf der 100 OsteuropaexpertenInnen“ auszunutzen sucht, liegt m. E. in der fehlenden (rückschauenden) Konkretisierung des Zusammenhangs von „westlicher“ Aktion und „östlicher“ Reaktion.

Um solch eine Konkretisierung – darauf soll hier abschließend hingewiesen werden – hat sich vor allem Günter Verheugen bemüht. Seine beiden diesbezüglichen Beiträge enthalten sehr nützliche Insider-Informationen, auch wenn wir sicherlich nicht allem zustimmen können, was er sagt:

1.) Interview im Deutschlandfunk, 18.3.2014: Verhältnis EU-Russland. „Gefahr einer Spirale nach unten“ Auszug:

„[...] Was die jetzige Situation so schwierig macht und auch das Gespräch so schwierig macht, hat ja eine Ursache auch in Kiew selber, nämlich die Tatsache, dass dort ein fataler Tabubruch begangen worden ist, dem wir auch noch applaudieren, der Tabubruch nämlich, zum ersten Mal in die-

sem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen, und das ist ein Schritt zu weit. [...] Ich bin der Meinung, dass man dieser Regierung eine solche Perspektive nicht anbieten kann, sondern dass man ihr ganz klar machen muss, das Bündnis, das sie geschmiedet haben, unter Einbeziehung undemokratischer rechtsradikaler Kräfte, ist für uns nicht hinnehmbar. Das ist ein Aspekt, der in unserer öffentlichen Debatte, finde ich, unterbewertet wird. Wir haben in Europa einen Wertekonsens, dass wir so etwas nicht wollen. Ich darf daran erinnern: Als in Österreich vor 15 Jahren die FPÖ in die Regierung kam, haben wir Österreich bestraft. Die FPÖ ist im Vergleich, oder die FPÖ von Haider damals ist im Vergleich zu dem, was wir in der Ukraine mit Swoboda haben, aber wirklich ein Kindergeburtstag. [...]“

www.deutschlandfunk.de/verhaeltnis-eu-russland-gefahr-einer-spirale-nach-unten.694.de.html?dram:article_id=280378

2.) Offener Brief, abgedruckt im SPIEGEL ONLINE, 19.5.2014: „Verheugen zur EU-Russlandpolitik. Warum Helmut Schmidt irrt.“ Auszug:

„[...] Noch im September 2013 hatte die ukrainische Regierung, trotz des Drucks aus Moskau, an der Assoziierung festgehalten und das, obwohl die EU durch ihre Parteinahme für Tymoschenko faktisch den amtierenden Regierungschef zum politischen Gegner erklärt hatte und längst mit der damali-

gen Opposition in der Ukraine paktierte. Die Haltung der ukrainischen Regierung änderte sich erst, als das Land auch in die wirtschaftliche Schieflage geriet und niemand in der EU das ernst nahm. Zudem hat die EU im Jahr 2013 kein Gespräch mit Russland gesucht ... – Mit Russland wurde schlicht nicht darüber geredet, was die Assoziierung der Ukraine (und anderer) politisch und wirtschaftlich bedeutet. Russische Bedenken, dass sich dadurch der Handel mit der Ukraine verschlechtern könnte, wurden vom Tisch gewischt. Schließlich gab es eine Analyse aus Deutschland, die das Gegenteil behauptete. [...] Ohne Not wurde die neue ukrainische Regierung nach der Entmachtung Janukowytschs sofort rückhaltlos unterstützt, obwohl diese Regierung noch nicht einmal im eigenen Land das Vertrauen der Mehrheit genießt, antirussisch ist und ihr völkisch gesinnte Kräfte angehören. Weil europäische politische Eliten nur noch in Kategorien wie prorussisch und proeuropäisch denken konnten und den Konflikt statt den Dialog mit Russland bevorzugten, haben sie... die schwerste Krise in Europa in diesem Jahrhundert mit ausgelöst. Ein Gutteil der Verantwortung dafür liegt in Berlin. [...]“ www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krise-helmut-schmidt-von-ex-eu-kommissar-verheugen-kritisiert-a-970150.html, [Aufruf der 60 Persönlichkeiten:] (hier ausgelassen, da Abdruck in PB 12/2014 erfolgte.)

Erfolgreiche Veranstaltung der Europäischen Linken in München: „Griechenland – wie weiter?“

Das war das Thema einer Veranstaltung der Europäischen Linkspartei in München zu der etwa 70 Menschen kamen.

Pavlos Delkos, in München aktiv für Syriza und die Partei Die Linke, informierte über die Situation in Griechenland kurz vor den dort anstehenden Wahlen, für die alle Prognosen einen Sieg der griechischen Linkspartei Syriza vorhersagen.

In seiner Begrüßung begründete Karem Schamberger (DKP) warum Solidarität mit der griechischen Linkspartei notwendig ist. Er zitierte Den Wissenschaftler Ulrich Brand, der am 11.1.2015 in der Wiener Zeitung „Der Standard“ schrieb: „Zum ersten Mal seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die europäische Politik zu etwas gezwungen, was Politik eigentlich auszeichnet: Nämlich in Alternativen zu denken, solche zu skizzieren, zu begründen und sich dann zu entscheiden ... Die Macht der Banken, der Troika und der Vermögensbesitzer wird möglicherweise infrage gestellt, sie müssen ihre Politik künftig stärker begründen. Die lähmende Alternativlosigkeit der neoliberalen

Austeritätspolitik könnte aufgebrochen werden.“ Aber eine von Syriza geführte Linksregierung wird nur in dem Maße eine Chance haben, wie es gelingt, europaweite Solidarität zu entwickeln, so Schamberger weiter.

Pavlos Delkos, ging in seinem Vortrag mit einer eindrucksvollen Diapresentation vor allem auf 5 Punkte ein:

- Die Auswirkungen von 5 Jahren Sparmaßnahmen der Troika auf das soziale Leben der Menschen in Griechenland,
- das politische System und die Parteienlandschaft, sowie die Entwicklung der Ergebnisse der Wahlen in der jüngsten Zeit,
- die Drohkulissen aus Berlin und Brüssel und die Chancen eines Wahlsieges von Syriza,
- das Regierungsprogramm von Syriza (Sofortmaßnahmen) gegen die drohende humanitäre Katastrophe und die Position von Syriza zu den Schulden und
- die Möglichkeit und Notwendigkeit von internationaler Solidarität für eine mögliche Linksregierung in Griechenland.

Gegen ein „fiskalisches waterboarding“

In der Diskussion wurde u.a. darauf hingewiesen, dass der Syriza-Vorsitzende Tsipras eine Beendigung des Würgegriffs der Schulden fordert: „Die Wahrheit ist, dass die Schulden Griechenlands nicht zurückgezahlt werden können, solange unsere Volkswirtschaft ständigen fiskalischen Ertränkungsversuchen ausgesetzt ist, einem „fiskalischen waterboarding“.

(Siehe dazu auch ein Artikel von Fred Schmid „Nicht die Griechen, die Troika und die Finanzmärkte haben das Land verwüstet“ auf www.kommunisten.de).

Das ISW-Heft „Die Schulden streichen!“ passend zum Thema des Abends, mit aktuellen Artikeln, das auf der Veranstaltung verkauft wurde, ist noch zu beziehen unter: isw_muenchen@t-online.de

Einmalig in Europa ist, dass Griechen im Ausland nicht wählen können. Deshalb müssen viele nach Griechenland fahren, um zu wählen. Als Unterstützung dafür wurden auf der Veranstaltung fast 300 Euro gesammelt.

Walter Listl (München)

Kulturkampf • Prüfauftrag: eine europäische Arbeitslosenversicherung

Zu der riesigen Pariser Demonstration 3

Wird die FDP als liberale Partei zurückkommen? 6

Auslandsnachrichten 8

USA: Klinikpersonal streikt in Kalifornien • Türkei: Krankenhaus-Beschäftigte entlassen • Polen: Zechenstreik und Blockade der Eisenbahn • Indien: Kampf gegen Privatisierung der Kohlezechen • Indien: Fabrikblockade bei Holcim ausgesetzt • Mexiko: 2014 wurden zehn Journalisten ermordet • Nicaragua: Dole entschädigt Arbeiter • Streik bei VW Brasilien: 20 000 blockieren Autobahn • Brasilien: Streiks bei Mercedes in São Paulo • Chile: Unternehmer gegen neues Arbeitsrecht • Wahl in Tunesien

Aktionen ... Initiativen 10

50 000 fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP • Rückblick auf rechtsextreme Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern • Atomüll-Export verschiebt das Problem aber löst es nicht • Initiative „Starke Kommunen“: Gemeinden ins Zentrum der Demokratie rücken • Arbeitslosigkeit behinderter Menschen steigt • Lassen Sozialdemokraten die „Rente für Gefangene“ scheitern? • Neue Expertise zu Hartz IV: Paritätischer fordert 485 Euro Regelsatz • Bundeshaushalt 2015 – Zielmarke 0,7 klar verfehlt

Köln stellt sich mehrfach quer 12

Navid Kermani: Rede bei der Trauerkundgebung für die Opfer der Pariser Anschläge, 14. Januar 2015

Mannheim: Manifestationen gegen die Mordanschläge in Paris – beeindruckend, aber auch zwiespältig 13

Baygida München 14

Kommunale Politik 15

Olympia: Linke fordert Baustopp für die Elbphilharmonie des Sports. Hamburg. • Böses Erwachen nach Zockerei mit Schweizer Franken: Spekulationsgeschäfte mit Steuergeldern verursachen Millionenschaden. Essen. • Strompreise der Stadtwerke müssen deutlich sinken: Burgdorf. • Bärgida erneut stecken geblieben. Berlin. • Fracking in der Karlsruher Region? Karlsruhe. • Weltpolitik im Kreistag: Schweinfurt. • Deutscher Städtetag: Vorbehalte gegenüber Muslimen abbauen! Berlin. • Keine Feindbilder gegen Bettler aufbauen. Statt dessen Hilfsangebote der Stadt ausbauen: Essen. • Gemeinsames Positionspapier veröffentlicht: Netzausbau braucht Akzeptanz: Berlin.

Europäischer Arbeitsschutz: Fahrtziel Abstellgleis? 17

Wirtschaftspresse 19

Noch einmal zum Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ 20

Erfolgreiche Veranstaltung der Europäischen Linken in München: „Griechenland – wie weiter?“ 23

Rosa Luxemburg Stiftung: Studien zu Pegida und AfD

Bei der Rosa Luxemburg Stiftung sind zwei aktuelle Studien rund um die Pegida-Bewegung und die rechtskonservative AfD veröffentlicht worden. Hier die Internet-Adressen, unter denen sie heruntergeladen werden können:

Max Lill: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? <http://www.rosalux.de/publication/41038/truegerische-ruhe-im-bedrohten-aradies.html>

Horst Kahrs: Zerfall des Mythos von der Mitte... <http://www.rosalux.de/publication/41034/zerfall-des-mythos-von-der-mitte-ausbreitung-eines-sozialen-nationalismus.html>

Aus der Studie von Horst Kahrs stellen wir wesentliche Thesen aus der Einleitung vor:

Zerfall des Mythos von der „Mitte“ – Ausbreitung eines „sozialen Nationalismus“

Ein Versuch, mir und anderen die Erfolge der „Alternative für Deutschland“ und der rechten außerparlamentarischen Bewegung zu erklären und linke Antwortstrategien zu finden. Von Horst Kahrs.

Wie kann sich die politische und gesellschaftliche Linke in Deutschland erfolgreich gegenüber den aufkommenden neuen rechten politischen Kräften behaupten? Was kann sie dazu beitragen, deren Offensive zu brechen? Wie lassen sich die Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die Mobilisierungen außerparlamentarischer Kräfte wie der Dresdner „Pegida“ angemessen erklären und beantworten? Dieses Papier enthält keine abschließenden Antworten; sie kann es in einem offenen politischen Prozess nicht geben. (...)

In der deutschen Gesellschaft breiten sich ausländerfeindliche Stimmungen und Haltungen nicht aus. Alle einschlägigen Umfragen und Messungen zu Einstellungen und Stimmungen gegenüber Zuwanderung, Ausländern und Flüchtlingen zeigen einen Rückgang ausdrücklich ausgrenzender, feindlicher Gesinnungen. (...) Auszugehen wäre also nicht von einer Verbreitung, sondern von einer zunehmenden Polarisierung und Verhärtung, von

einer wachsenden Bereitschaft, die ablehnenden Einstellungen in der Öffentlichkeit kollektiv und organisiert auszudrücken. Es handelt sich unter dieser Perspektive eher um die Langzeitwirkung von breiten Debatten wie derjenigen über die „Sarrazin-Thesen“ und die Verfestigung von „Weltsichten“, wie sie in einschlägigen Foren im Internet vertreten werden. Wir haben es mit Entwicklungen zu tun, die unterhalb des Radars der auf Tagesaktualität ausgerichteten medialen und politischen Aufmerksamkeitsökonomie in bestimmten Teilen der Gesellschaft herangereift und miteinander verbunden worden sind.

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament machten vor allem in den nord- und westeuropäischen Staaten das Erstarken von Parteien rechts der christdemokratisch-konservativen Parteifamilie der Europäischen Volkspartei sichtbar. (...)

In Deutschland kann davon bisher (noch) nicht die Rede sein. Zwar errang mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine neue Partei rechts von der Union bei der Bundestagswahl 2013 einen Achtungserfolg, zog anschließend bei der Wahl zum Europäischen Parlament mit 7,1 Prozent der Stimmen erstmals in ein Parlament ein. (...)

Ein Versuch, sich und anderen die AfD und die rechten außerparlamentarischen Bewegungen zu erklären, kann am Ende nicht mit sicheren Antworten, wie der AfD erfolgreich zu begegnen sei, aufwarten; bestenfalls sind Vorschläge zu erwarten, wie Antworten beschaffen, wo sie gesucht sein sollten. Zunächst, so viel vorweg, geht es meines Erachtens vor allem um eine Verständigung darüber, was gegen AfD & Co zu verteidigen ist.

Im ersten Teil werde ich mich mit der Partei „Alternative für Deutschland“ als parlamentarischem Ausdruck einer rechtspopulistischen außerparlamentarischen Bewegung, also ihrem Einbruch in das engere politische System, befassen.

Im zweiten Teil soll es dann um Aspekte der gesellschaftlichen Brüche und Bewegungen gehen.

Zum Vormerken: Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 11. und 12. April 2015 in Mannheim

Themenbereich für Samstag: „Dritter Sektor“ („Nicht-Markt, Nicht-Staat, Nicht-Familie“) und linke Konzepte hierfür. Außerdem Vereinsangelegenheiten. Themenbereich für Sonntag: „Fundamentalismus“ nicht nur ein religiöses Problem. Wie im Vorjahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 19. Februar 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 13. Februar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

19. Feb., 19. März, 16. April, 14. Mai, 11. Juni, 9. Juli, 6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.